

## **Arm, arbeitslos und aktiv**

### **Bürgerschaftliches und politisches Engagement armer und arbeitsloser Bürger in eigener Sache**

**Ronald Blaschke**

Erschienen in Chantal Munsch (Hrsg.): Sozial Benachteiligte engagieren sich doch. Über lokales Engagement und soziale Ausgrenzung und die Schwierigkeiten der Gemeinwesenarbeit. Juventa-Verlag, Weinheim und München 2003, S. 45 - 78.

Was unterscheidet das bürgerschaftliche und politische Engagement armer und arbeitsloser Bürger <sup>1</sup> in eigener Sache von anderen Formen des öffentlichen Engagements dieser Bürger? Welche Ansätze und Zielstellungen des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache gibt es? Um diese Fragen zu beantworten, wird zuerst der Unterschied zwischen dem kompensatorischen öffentlichen Engagement Armer und Arbeitsloser und dem republikanischen Verständnis des bürgerschaftlichen Engagements herausgearbeitet. Im Weiteren erfolgt eine Reformulierung der republikanischen Perspektive anhand sozialökonomischer Fragestellungen. Konkrete Ansätze und Zielstellungen des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache, wie das Bedingungslose Grundeinkommen, werden entwickelt. Abschließend erfolgt eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Diskussion.

---

<sup>1</sup> Männliche Bezeichnungen stehen im gesamten Text auch für weibliche Personen.

## 1. Öffentliche Aktivitäten Armer und Arbeitsloser - Formen und Möglichkeiten

Verschiedene öffentliche <sup>2</sup> Aktivitäten Armer und Arbeitsloser <sup>3</sup> sind möglich:

1. Aktivitäten bezogen auf Erwerbseinkommen - Erzielung eines (Neben-)Einkommens bzw. eines (Neben-)Erwerbs durch (partielle) Teilhabe am öffentlichen Leistungs- bzw. Gütertausch (z. B. durch legale und illegale Formen der Erwerbsarbeit, aber auch durch Nachbarschaftshilfe, Tauschringe usw.);
2. Aktivitäten bezogen auf Einkommen durch Sozialtransfers und auf sozialstaatliche Hilfe- und Förderleistungen;
3. soziales, kulturelles, ökologisches, politisches Engagement in Gruppen, Vereinen, Initiativen, Netzwerken, Parteien, Gewerkschaften ..., darin eingeschlossen die Aktivitäten bezogen auf den Erhalt und die Erweiterung beruflich-fachlicher, sozialer, kultureller und politischer Kompetenzen und bezogen auf den Erhalt und die Erweiterung sozialer Kontakte und der sozialen Integration.

Sozialwissenschaftliche Erhebungen verweisen auf ein quantitativ unterdurchschnittliches und qualitativ gestaltungsarmes öffentliches Engagement Armer und Arbeitsloser (o. g. dritter Punkt):

"Alle empirischen Untersuchungen kommen zu dem Ergebnis, daß diejenigen Bevölkerungsgruppen, die am besten und stabilsten im Erwerbsleben verankert sind und über eine entsprechende soziale Absicherung verfügen, überdurchschnittlich häufig ehrenamtlich engagiert sind, während Personen mit schlechten Arbeitsmarktpositionen und Erwerbslose unterrepräsentiert sind" (Backhaus-Maul/Brandhorst 2001, S. 189f.) Das heißt: "Je erwerbsferner die Bevölkerungsgruppe und je niedriger das Haushaltsnettoeinkommen, desto geringer das ehrenamtliche Engagement" (Blanke/Schridde 2001, S. 135; vgl. auch S. 121f.).

Bezogen auf die politische Partizipation in der Kommune zeigt sich ein ähnliches Bild: "Vor allem gut ausgebildete, einkommensstarke, sozial integrierte Angehörige der oberen Mittelschicht und der Oberschicht machen von den in der Kommunalpolitik verfügbaren Einflussmöglichkeiten Gebrauch. Personen, denen diese Eigenschaften fehlen, bleiben politisch weitgehend passiv" (Gabriel 2002, S. 142f.).

Im Lebenslagenbericht der Caritas und der Diakonie für die neuen Bundesländer wird festgestellt: Die Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitwirkung in Bürgerinitiativen und Parteien liegt bei der untersuchten Bevölkerungsgruppe aus unteren sozialen Schichten am niedrigsten <sup>4</sup>. Etwas höher ist dagegen deren Mitwirkungsbereitschaft in Freizeit- und Sport-Vereinen, im Umweltschutz, in Kirchengemeinden. Die größte Mitwirkungsbereitschaft dagegen besteht im sozialen Nahbereich sowie im Bereich der eigenen Betroffenheit: z. B. in Nachbarschaftsinitiativen und in Selbsthilfegruppen. Gemessen an der Gesamtbevölkerung der neuen Bundesländer ist die Mitwirkungsbereitschaft in den zuletzt genannten Bereichen entsprechend dem Bevölkerungsdurchschnitt. In den anderen Bereichen besteht eine unterdurchschnittliche Mitwirkungsbereitschaft der Angehörigen unterer Schichten (vgl. Hübinger/Neumann 1998, S. 205f.).

---

<sup>2</sup> Privat-familiale Aktivitäten werden hier nicht betrachtet.

<sup>3</sup> Der Begriff "Arbeitsloser" wird angesichts der Debatten um die Familien- und Erziehungs"arbeit", die Eigen"arbeit" und das bürgerschaftliche Engagement/Bürger"arbeit" immer unschärfer. Theoretiker und Praktiker der Erwerbslosenbewegung sprechen hingegen von Erwerbslosen - im Sinne eines fehlenden Einkommens aus Erwerbsarbeit. Im Folgenden wird der geläufigere Begriff "Arbeitsloser" verwendet.

<sup>4</sup> Die Untersuchungspopulation umfasste Personen mit einer Arbeitslosigkeit über 6 Monate (50%), Arme bzw. im prekären Wohlstand Lebende (20% bzw. ca. 37%) und Sozialhilfebeziehende (20%). 50% der Befragten waren Arbeiter (vgl. Hübinger/Neumann 1998).

Bezüglich der Anforderungs- und Gestaltungsprofile des freiwilligen Engagements wird in einer anderen Studie festgestellt: "Unterhalb der gehobenen freiwilligen sozialen Tätigkeiten existieren die Jeder-Mann, man müsste besser sagen: Jeder Frau-Tätigkeiten, die kaum über Mitgestaltungsmöglichkeiten verfügen" (Blanke/Schridde 2001, S. 135). Die "feineren Frauen" nehmen die "feineren" Beratungsaufgaben wahr, während "Hausfrauentätigkeiten" eher von "einfachen" Hausfrauen wahrgenommen werden. Oder bezogen auf das freiwillige Engagement im Bildungsbereich und im Sozialbereich: Personen mit einem höheren Schulabschluss und beruflichen Status engagieren sich überproportional in Bildungsbereichen (Schule, Erwachsenenbildung, Universität). Personen mit niedrigeren Schulabschlüssen und beruflichem Status "neigen" überproportional zu einem Engagement in sozialen Bereichen, bei der Straßenreinigung usw. (vgl. ebd., S. 135).

Halten wir fest: Das öffentliche Engagement und die Engagementbereitschaft Armer und Arbeitsloser orientieren sich vorwiegend auf die sozialen (Nah-)Bereiche und auf den Selbsthilfebereich.

Die Armutsforschung bietet mit dem Lebenslage-Ansatz einen Zugang zur Erklärung und zu plausiblen Annahmen bezüglich dieses Phänomens: Um die verschiedenen Dimensionen von Armut und Unterversorgung aufzuweisen, werden in der Armutsforschung neben der Einkommenssituation die Lebensbereiche Arbeit und Arbeitslosigkeit, Bildung, Wohnen, Gesundheit, soziale Beziehungen und Netzwerke (soziale Integration), kulturelle Integration und Teilhabe, politische Teilhabe und Integration in die Betrachtung einbezogen (vgl. Wagner 1997, S. 14f.; Hübinger/Neumann 1998, S. 14f. und 18ff.).

Anzunehmen ist nun, dass in Abhängigkeit vom Grad und von der realen Mehrdimensionalität der jeweiligen Armuts- und Unterversorgungssituation das öffentliche Engagement Armer und Arbeitsloser in der Absicht erfolgt, eine bestimmte Armutslage bzw. Unterversorgung auszugleichen bzw. zu beheben (Kompensation). Das kompensatorische öffentliche Engagement Armer und Arbeitsloser zielt eher auf elementare und vordringliche Verbesserungen der unmittelbaren Lebenslage in den dafür Erfolg versprechenden und bekannten sozialen (Nah-)Bereichen - weniger auf ein intentional und "räumlich" darüber hinausgreifendes Bürgergesellschaftliches.

Diese Annahmen lassen sich theoretisch begründen: Armuts- und Unterversorgungsbereiche korrelieren negativ mit notwendigen Ressourcen für ein Engagement in bürgerschaftlicher Absicht. Diese sind:

- ausreichendes Einkommen bzw. finanzielle Abgesichertheit,
- engagementförderliche Teilhabe am Erwerbsleben/Beruf,
- frei gestaltbare Lebenszeit,
- stabile soziale Integration (Beziehungen, Netzwerke, Gemeinschaften...),
- Gesundheit,
- Bildung, d. h. Wissen, Fertigkeiten, fachliche und soziale Kompetenzen (vgl. Gabriel 2002, S. 143f.; Strasser 2001, S. 214; Blanke/Schridde 2001, S. 118ff.).

## **2. Kompensatorisches öffentliches Engagement und bürgerschaftliches Engagement**

Kompensatorisches öffentliches Engagement Armer und Arbeitsloser ist intentional auf die (Wieder-)Erlangung dieser genannten Ressourcen bzw. auf die Aufhebung einer bestimmten Armutslage und Unterversorgung gerichtet. Dieses Engagement

vollzieht sich gemäß einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül: Es realisiert sich in der Form des (sozialen) Tausches. Erwartet bzw. erzielt werden vom Engagierten "Gegenleistungen" bzw. Vorteile: z. B. verbesserte Chancen bezüglich der beruflichen Integration bzw. der Integration in den Arbeitsmarkt; mögliche monetäre, nicht-monetäre und ideelle Anerkennungen und Leistungen; soziale und gemeinschaftliche Kontakte; Erhaltung und Erweiterung beruflich-fachlicher und sozialer Kompetenzen (vgl. Effinger/Pfau-Effinger 1999, S. 314; Heinze/Olk 1999, S. 82 und 91; Heinze/Strünck 2001, S. 242).

Folgende theoretische und praktische Abgrenzungen des bürgerschaftlichen Engagements vom kompensatorischen öffentlichen Engagement Armer und Arbeitsloser können aufgewiesen werden:

1. Das kompensatorische öffentliche Engagement gemäß einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül ist ein Engagement **neben** den (Arbeits-)Märkten - aber in deren Tausch-Logik. Der öffentliche Raum, in dem sich in diesem Sinne engagiert wird, ist ein Marktplatz der Verfolgung privat-partikularer, hier speziell armuts- und unterversorgungsbedingter Interessen. Die Orientierungen an den öffentlichen Angelegenheiten und der Verfasstheit des Gemeinwesens bzw. der Bezug auf unbeteiligte Dritte - wesentliche Kennzeichen des bürgerschaftlichen Engagements - sind entweder marginal oder gemäß dem Kosten-Nutzen-Kalkül rationalisiert. Daher wird die Anerkennung dieser kompensatorischen Form des öffentlichen Engagements als bürgerschaftliches Engagement in der theoretischen Diskussion problematisiert (vgl. Braun 2002, S. 59; Heinze/Olk 1999, S. 82f.; Heinze/Olk 2001, S. 16; Olk 2001, S. 54ff., Rehberg 2000, S. 36).

2. Dieser Argumentationslinie folgt auch Braun mit den von ihm erarbeiteten empirischen Differenzierungskriterien für bürgerschaftliches Engagement: Die Aktivitäten und das Engagement im sozialen Nahraum und im Selbsthilfebereich können, so Braun, bei der empirischen Erfassung bürgerschaftlichen Engagements unberücksichtigt bleiben (vgl. Braun 2002, S. 64f.).

3. Problematisierbar ist auch das für das bürgerschaftliche Engagement kennzeichnende Merkmal der Freiwilligkeit hinsichtlich des kompensatorischen öffentlichen Engagements: In welchem Grade ist dieses öffentliche Engagement freiwillig, wenn es von der Notwendigkeit diktiert ist, eine individuelle Armuts- und Unterversorgungslage aufzuheben bzw. auszugleichen?

4. Die kompensatorische Form des öffentlichen Engagements Armer und Arbeitsloser ist Ausdruck politisch bedingter sozialer und ökonomischer Armuts- und Unterversorungsverhältnisse - insbesondere im Einkommens- bzw. Erwerbsebereich. Diese Defizite des Sozialstaatlichen können nun mit arbeits- und sozialpolitischen Strategien des weiteren Sozialabbaus, des Arbeitszwangs und der Armutsarbeit verbunden werden, so z. B. mit Strategien des "welfare to work" und des "welfare to workfare"<sup>5</sup>. Auch vor diesem Hintergrund ist die Bestimmung des kompensatorischen öffentlichen Engagements als bürgerschaftliches Engagement äußerst fragwürdig (vgl. dazu auch Effinger/Pfau-Effinger 1999, S. 314).

### **Exkurs: Tätigkeiten und Aufgaben - Regionale Initiativen in Sachsen (TAURIS)**

Der Zusammenhang zwischen dem kompensatorischen öffentlichen Engagement und den politischen Strategien für Sozialabbau, Arbeitszwang und Armutsarbeit sei exemplarisch am Beispiel des sächsischen Projekts TAURIS verdeutlicht.

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu auch folgenden Exkurs zu TAURIS.

Im Zukunftsforum Politik der Konrad-Adenauer-Stiftung wird im Heft "Aktive Bürger fördern. Beispiele vor Ort" unter der Rubrik "Bürgerschaftliches Engagement durch öffentlichen Anstoß" das sächsische TAURIS-Projekt vorgestellt (Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2001, S. 18). TAURIS wurde von der Sächsischen Staatsregierung in ländlichen Armutsregionen Sachsens pilotiert, später für ganz Sachsen geöffnet. Im Rahmen von TAURIS können sich ältere Langzeitarbeitslose und arbeitsfähige Sozialhilfebeziehende gegen eine "Belohnung" in Höhe von 150 DM (für 56 Stunden monatlich, zzgl. zur Lohnersatzleistung bzw. zur Sozialhilfe, ohne Auswirkung auf künftige Sozialleistungen) freiwillig in gemeinnützigen Projekten betätigen. Bei diesen Tätigkeiten "jenseits der traditionellen Erwerbsarbeit" handelt es sich um Reinigungsarbeiten, Umfeldpflege, Bau und Instandhaltungsarbeiten, Archivierungsarbeiten, soziale Dienste ... Folgende **Beweggründe für ihre "freiwillige" Tätigkeit** geben die TAURIS-Beschäftigten in einer Befragung an: 1. Etwas Geld dazu verdienen, 2. etwas sinnvolles tun, 3. wieder Kontakt zu anderen Menschen finden, 4. Nichtstun bzw. Arbeitslosigkeit ging auf die Nerven, 5. über die Tätigkeit wieder eine feste Stelle finden, 6. etwas Neues lernen. Die kompensatorische Funktion des TAURIS-Einsatzes tritt aber noch deutlicher hervor, auch dessen fragwürdige Freiwilligkeit: 85% der befragten Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden gaben an, sie würden ihre Tätigkeit auch auf dem ersten Arbeitsmarkt, also als regulär bezahlte Erwerbsarbeit ausführen - wenn die Möglichkeit dazu bestünde (vgl. TU Dresden 2001 und 2002).

Wie wurde nun von der Sächsischen Staatsregierung das kompensatorische, hier erwerbsorientierte, öffentliche Engagement Armer und Arbeitsloser zur Begründung eines "from welfare to work" - Programms benutzt? Unter Berufung auf die erfolgreiche Annahme des TAURIS-Projekts durch Arme und Arbeitslose, durch den sächsischen Arbeitslosen- u. a. Wohlfahrtsverbände sowie durch einige Beschäftigungsgesellschaften und Kommunen, stellte die Sächsische Staatsregierung ihre Vorstellungen von einer Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe vor: ersatzlose Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und in Anlehnung an BSHG § 25 generell eine 25prozentige Kürzung der Sozialhilfe für alle Arbeitsfähigen (verbleiben diesen also ca. 400 DM). Mit dieser Abschaffung der Arbeitslosen- und der Kürzung der Sozialhilfe wird im zweiten Schritt eine Möglichkeit des Dazuverdienstes für alle Arbeitsfähigen von 300 DM für TAURIS-ähnliche Tätigkeiten (bzw. als Ausbildungsvergütung) verbunden. Diese insgesamt 700 DM werden nunmehr bezeichnet als **Sozialeinkommen im Sinne eines Transfers gegen Einsatz** (vgl. Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit 2001). Mit diesen beiden Schritten - Kürzung der Sozialtransfers auf ein Niveau der reinen Überlebensmöglichkeit und Erhöhung der Sozialtransfers nur gegen Arbeitsleistung (bzw. Ausbildungsbereitschaft) - wurde das Programm "Transfer gegen Arbeitsleistung" in der Folge der "freiwilligen" Annahme von TAURIS durch Arme und Arbeitslose entwickelt.

### **3. Die republikanische Bestimmung der Bürgergesellschaft <sup>6</sup> und des bürgerschaftlichen Engagements**

Im (markt-)liberal-individualistisch geprägten Diskurs über das bürgerschaftliche Engagement dominiert die Bestimmung des öffentlichen Raumes als ein dem Staat gegenübergestellter Marktplatz. Das individuelle Kosten-Nutzen-Kalkül des homo oeconomicus bildet in diesem Diskurs die Grundfigur des öffentlichen Engagements.

Die an kommunitaristisch bzw. republikanisch <sup>7</sup> geprägten Leitbildern orientierte Diskussion zum bürgerschaftlichen Engagement verweist dagegen darauf, dass das

---

<sup>6</sup> Im Folgenden wird der Begriff Bürgergesellschaft synonym dem Begriff Zivilgesellschaft verwendet.

bürgerschaftliche Engagement auf gemeinsam geteilte bzw. auszuhandelnde Werte, auf die Gestaltung des (politischen) Gemeinwesens und das Gemeinwohl orientiert (vgl. Heinze/Olk 2001, S. 14ff. und 36ff.; Braun 2002, S. 56ff.).

Im kommunitaristischen Verständnis sind der "Gegenstand" und "Ort" des Engagements "traditional eingelebte und nach außen relativ abgeschlossene Standes-, ethnische, geschlechts- oder Lokalgemeinschaften" (Olk 2001, S. 39). Im republikanischen Verständnis ist der "Gegenstand" und "Ort" des bürgerschaftlichen Engagements das öffentlich-politische Gemeinwesen - nicht gründend auf der Basis einer Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft und entsprechender Identitätsbildungsprozesse, sondern gründend auf der individuellen Freiheit und Gleichheit **aller** Bürger bei der Gestaltung dieses politischen Gemeinwesens (Universalismus). Individuelle Freiheit entfaltet sich dabei in der gemeinsamen Suche nach dem Gemeinwohl, dem Glück aller Bürger, **und** der Sorge um die Partizipation aller "an der Entstehung von Gesetzen, welche die für alle geltende Ordnung umreißen" (Bauman 2000, S. 235). Vonnöten dafür ist ein öffentlicher "Raum", in dem a) die privaten Sorgen und Nöte der Einzelnen ausgesprochen werden können und b) das politische Gemeinwesen gemeinsam konstituiert werden kann. Dies "ist jener Raum, in dem Ideen wie Gemeinwohl, gerechte Gesellschaft oder gemeinsame Werte geboren werden und Gestalt annehmen" (ebd., S. 10f.). Ein republikanisches Gemeinwesen hat daher nicht den Zweck, "ein vorgefaßtes Modell des 'guten Lebens' durchzusetzen, sondern ihre Bürger in die Lage zu bringen, die Lebensentwürfe, denen sie den Vorzug geben, frei zu diskutieren und umzusetzen; die Republik hat es mit der Erweiterung, nicht der Einschränkung von Wahlen zu tun; mit der Vergrößerung, nicht der Limitierung individueller Freiheiten" (ebd., S. 268). Sie ist gebunden an eine liberale Demokratie, die danach strebt, "die Handlungsfreiheit von Staat, Individuen und Vereinigungen zu erhalten, während sie die Freiheit jedes Einzelnen zur Bedingung der Freiheit der Anderen macht" (ebd., S. 220).

#### **4. Bürgerschaftliches und politisches Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache - Eine republikanische Perspektive**

In dem folgenden Beitrag wird der Schwerpunkt der Diskussion auf das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache gelegt: und zwar in einem - hier zu entwickelnden - republikanischen Verständnis von Bürgergesellschaft und bürgerschaftlichem Engagement.

Bürgerschaftliches Engagement im republikanischen Sinne meint erst einmal das aktive Einmischen in öffentliche Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens. Es ist ein immanent politisches Engagement. Dieses Engagement unterscheidet sich qualitativ von anderen öffentlichen Aktivitäten und Engagementformen:

- von den öffentlichen Aktivitäten in Form anonymer Tauschbeziehungen zwischen Individuen auf öffentlichen Arbeits-, Finanz- und Gütermärkten (Engagement des Arbeits-, Markt- oder Wirtschaftsbürgers),
- von den (sozialen) Tauschbeziehungen gemäß einem individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül auf öffentlichen Märkten (liberal-individualistisches Engagement) <sup>8</sup>,

---

<sup>7</sup> res publica - die die Öffentlichkeit angehende Angelegenheit, Sache

<sup>8</sup> Beide genannten marktliberalen Varianten des Engagements werden, so kann man in Anlehnung an Hannah Arendt konstatieren, besonders durch die "außerordentliche Förderung der Privatindustrie und Privatinitiative und überhaupt des Gewerbefleißes" (Arendt 1994, S. 215) vorangetrieben. Politische Zielstellung dieser von den z. B. in der Antike herrschenden Tyrannen gern betriebenen "außerordentlichen Förderung" war "die Vernichtung des öffentlich politischen Bereichs" (Arendt 1994, S. 215).

- von dem öffentlichen Engagement, das sich aus einer Bindung an eine relativ geschlossene Gemeinschaft und für diese Gemeinschaft ableitet (kommunitaristisch geprägtes Engagement).

Das republikanische, das ist das bürgerschaftliche **und zugleich** politische, Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache zielt nun auf die Bedingungen und Möglichkeiten der gleichen, freien und freiwilligen Teilhabe armer und arbeitsloser Bürger - und darüber hinaus aller Bürger - an der gemeinsamen Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten und des politischen Gemeinwesens.

Daher ist deren Engagement gebunden an den sozialen Status und die individuellen Lebenslage (privat-partikularistisch), darüber hinaus aber bezogen auf die Gestaltung **alle** Bürger angehender öffentlicher Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens (universalistisch).

Ausgangspunkt und Bezugspunkt dieses Engagements ist die eigene Lebenslage (privat-partikular). "Gegenstand" und "Ort" des öffentlichen Engagements ist das politische Gemeinwesen, darin eingeschlossen auch die Beziehung zu nicht unmittelbar im öffentlichen Engagement einbezogenen Dritten (öffentlich-universal) <sup>9</sup>.

Die Frage, wie durch sozialökonomische Sicherungen und durch bestimmte Angebotsstrukturen das bürgerschaftliche und politische Engagement armer und arbeitsloser Bürger befördert werden kann, wird unter den Punkten 5.1, 5.2 und 5.3 verhandelt. Dabei wird aufgewiesen, dass diese Sicherungen und Angebotsstrukturen selbst Ziele des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache sind. Unter Punkt 6 werden Möglichkeiten der Transformation des privaten Politischen in öffentlich-politische Angelegenheiten und eben solches Engagement diskutiert.

## **5. Die Schwierigkeiten der republikanischen Perspektive und Lösungsansätze**

Die weitgehende Ausblendung der Frage nach der "sozialökonomischen Basis" im Diskurs um das Bürgergesellschaftliche steht im krassen Gegensatz zu einer realen Widersprüchlichkeit in der modernen Gesellschaft: der Widersprüchlichkeit zwischen einer Gesellschaft formal freier und gleicher Bürger und fortbestehender oder sich verschärfender sozialer und ökonomischer Ausgrenzungs-, Herrschafts- und Zwangsverhältnisse in dieser Gesellschaft. Ausgrenzung, Herrschaft und Zwang stehen im Gegensatz zur Offenheit für alle, zur Freiheit und Gleichheit Aller in einer republikanisch gedachten Bürgergesellschaft.

Folgende Fragen stellen sich aufgrund dieser Gegensätze und Widersprüche:

Können Bürger in einer von realen sozialen und ökonomischen Ausgrenzungs-, Herrschafts- und Zwangsverhältnissen geprägten Gesellschaft in der Lage sein, "kooperatives Handeln über ökonomische, soziale, räumliche und kulturelle Differenzen hinweg zu initiieren" (Olk 2001, S. 39)?

Wie lassen sich die Schwierigkeiten des republikanischen Ansatzes theoretisch und praktisch lösen,

- dass einerseits formal die bürgerrechtliche Freiheit, Gleichheit und Offenheit garantiert sind, aber andererseits Freiheit, Gleichheit und Offenheit durch Ausgrenzungs- und Herrschaftsverhältnisse konterkariert werden,

---

<sup>9</sup> "Kennzeichnend für soziale Beziehungen in der Bürgergesellschaft ist gerade, daß sie sich in einem Spannungsfeld zwischen privat und öffentlich - bzw. zwischen partikular und universalistisch - bewegen" (Olk 2001, S. 38).

- und dass einerseits der universale Bezug auf das politische Gemeinwesen miteinander kooperierender Freier und Gleicher Grundbedingung der res publica ist, andererseits aber aufgrund der realen Armut und Unterversorgung lediglich eine privat-partikulare Perspektive der Ausgegrenzten und ihrer Gemeinschaften auf das Gemeinwesen befördert wird?

In erster Näherung an die Antwort kann formuliert werden:

*Ein republikanisches Verständnis des bürgerschaftlichen Engagements schließt ein, dass Armut und Arbeitslosigkeit politisch gestaltete und gestaltbare öffentliche Angelegenheiten des Gemeinwesens sind - daher also Arme und Nicht-Arme, Arbeitslose und Nicht-Arbeitslose betrifft. Daraus folgt: Es müssen mit dem republikanischen Engagement neben der sozialen und ökonomischen Verfasstheit zugleich die politische Verfasstheit des Gemeinwesens verhandelt werden, auch die Spannungen zwischen unterschiedlichen sozialen Status bzw. Lebenslagen und den formellen Möglichkeiten der freien Partizipation der Bürger.*

Dieser öffentliche Verhandlungsprozess zielt letztlich auf die praktische Aufhebung des in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft eingebauten Gegensatzes zwischen politischem Staatsbürger (citoyen, Staat) und privatautonomem (Wirtschafts-) Bürger (bourgeois)<sup>10</sup>. Geschichtlich bedeutet dies die Aufhebung der "Ablösung des maßgeblich von Aristoteles geprägten, alteuropäisch-republikanischen Konzeptes eines res publica civicum zugunsten der Separation einer politisch-staatlichen von einer privatistisch-gesellschaftlichen, bürgerlichen Sphäre, in der die als unpolitisch gedachten Bürger ihren (zumeist ökonomisch definierten) Privatnutzen verfolgen" (Münkler 2002, S. 29).

Senghaas-Knobloch formuliert daher in kritischer Distanz zur Hannah Arendts am antiken Denken orientierten Trennung der öffentlich-politischen Sphäre des Sprechens und Handelns von der sozialen und ökonomischen Sphäre: "Wenn wir fragen, in welcher Weise die Verhältnisse in der ökonomischen und sozialen Sphäre auf die Chancen Einfluss nehmen, das menschliche Vermögen des Sprechens und Handelns zur Entfaltung zu bringen, dann können wir Arendts Wertschätzung (des Sprechens und Handelns, R. B.) folgen und mit Hilfe einer kritischen Analyse der Verhältnisse in der sozialen und ökonomischen Sphäre ein politisches Projekt zur Überwindung der Hemmnisse formulieren, das von Problemen in der sozialen und ökonomischen Sphäre ausgeht" (Senghaas-Knobloch 2001, S. 266).

Bezogen auf den oben formulierten Ansatz des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache heißt das: Dieses Engagement zielt also nicht **nur** auf die Möglichkeit der Teilhabe an dem gesellschaftlichen Reichtum oder an dem (Arbeits-)Marktgeschehen (privat-partikular), sondern **darüber hinaus** auf die Absicherung und die Grundbedingungen der eigenen Partizipation und der Partizipation aller Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens (öffentlich-universal). Das Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache zielt also auf die Emanzipation in sozialer und ökonomischer Hinsicht **und** darüber hinaus auf die Aneignung bürgerschaftlicher und politischer Handlungsmöglichkeiten für sich und für alle anderen Bürger.

Dieses unter dem sozialökonomischen Gesichtspunkt reformulierte republikanische Konzept des bürgerschaftlichen Engagements wird im Folgenden für drei Bereiche

---

<sup>10</sup> Vgl. die Unterscheidung zwischen citoyen und bourgeois bei Marx und Kocka (vgl. Marx 1981, S. 368ff.; Kocka 2002, S. 17).

entwickelt: Sozialökonomische Sicherheit für alle Bürger (Punkt 5.1), Ermöglichung Gemeinwesen bildender Integration im öffentlich-politischen Raum (Punkt 5.2), (Rück-)Eroberung der von Markt und Staat besetzten öffentlichen Räume (Punkt 5.3).

## 5.1 Sozialökonomische Sicherheit aller Bürger als Basis der Bürgergesellschaft

Die Grundbedingung für das bürgerschaftliche und politische Engagement im republikanischen Verständnis ist die gesicherte "Privatautonomie" der Bürger: die Autonomie gegenüber den Zumutungen sozialer und ökonomischer Abhängigkeiten und Herrschaftsverhältnisse. Bevor ein Mensch auf die öffentlich-politische Bühne dieser Welt tritt, so Hannah Arendts Argument dazu, bedarf es einer sozialökonomischen "Grundermöglichung" - von Arendt als "Privateigentum" bezeichnet (vgl. Arendt 1994, S. 30ff.). Neben biografisch erworbenen Kompetenzen, lebensweltlichen Grundgewisheiten und formalen bürgerlichen Freiheiten ist diese "Grundermöglichung" eine wesentliche Voraussetzung für das Transzendieren der eigenen Lebenssituation - damit für das Eintreten in den öffentlich-politischen Raum und das Einmischen in öffentliche Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens.

Stichworte wie Armut mit und ohne Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit, prekäre Beschäftigung, Flexibilität, Rezession, Rationalisierung, Verschlinkung, Konkurrenz, freundliche und feindliche Übernahme, Globalisierung und Finanzkrise kennzeichnen Realitäten einer derzeit herrschenden politischen Ökonomie der Unsicherheit: "Die Botschaft lautet schlicht: Jeder ist potentiell überflüssig oder ersetzbar, so ist jeder verwundbar und jede soziale Position - wie hochstehend und machtvoll sie im Augenblick auch erscheint - auf längere Sicht gefährdet" (Bauman 2002, S. 244, vgl. auch Gorz 2000, S. 76ff.).

Die (Noch-)Erwerbstätigen, die Besitzenden und Reichen, die wirtschaftlichen und politischen Eliten sehen sich trotz ihrer "Schutzburgen" aus Beton, Gesetz, Polizei, Konsum- und Unterhaltungsindustrie

- den sozialen und ökonomischen Ansprüchen der Ausgegrenzten **und**
- den sie ebenfalls jederzeit erreichbaren sozialen Abstürzen gegenüber.

"Der Anblick der Armen ist für alle nüchternen und vernünftigen Wesen eine frühzeitige Mahnung, wonach auch ein Leben in Wohlhabenheit unsicher bleibt und der Erfolg von heute keine Garantie gegen einen Absturz morgen bietet" (Bauman 2000, S. 253). Er hält "die nicht Armen in Schach und verewigt damit das Leben der Ungewisheit; er veranlaßt sie, die unaufhaltsame 'Flexibilisierung' der Welt zu tolerieren oder resigniert zu ertragen" (ebd., S. 252f.).

Angst ist das Wort für das, was aus politökonomisch erzeugter Ungewisheit, Unsicherheit und Schutzlosigkeit folgt (vgl. ebd., S. 12 ff. und 243ff.)<sup>11</sup>. Angst essen republikanische Seele auf - so kann man in Anspielung auf den Titel eines Filmes von Rainer Werner Fassbinder formulieren. Und bezogen auf die republikanischen Assoziationen und Institutionen sowie auf die bürgerschaftlichen Intentionen ist mit Bauman festzustellen: "Auf dem Weg zur unbestrittenen Herrschaft der politischen

---

<sup>11</sup> Beck konstatiert in der derzeitigen Gesellschaft drei gesellschaftlich bedingte Ängste: Angst resultierend aus den in der ökologischen Risikogesellschaft eingebauten Unsicherheiten, Angst vor dem Alleinsein trotz der Vielfalt nichttraditionaler sozialer Kontakte, Angst resultierend aus den sozialen Risiken wie z. B. Arbeitslosigkeit und Armut, die jeden bedrohen ("massenhafte Labilisierung der Existenzbedingungen im wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus", Beck 1986, S. 153; vgl. ebd., S. 101f. und 188; vgl. dazu auch Büchele 2000, S. 24).

Ökonomie der Ungewißheit gehen republikanische Institutionen als erste Opfer über Bord. Tatsächlich steht alles, was die Idee der Republik ausmachte, in scharfem Gegensatz zu den Zielen oder Wirkungen der Politik der Ungewißheit" (ebd., S. 247).

Die beschriebene Situation allgemeiner sozialökonomischer Prekarität bestimmt die grundlegende Zielstellung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache: Dieses Engagement muss gebunden sein an den Anspruch, die durch Status und Lebenslagen Armer und Arbeitsloser gegebene Blockade des bürgerschaftlichen und politischen Engagements **aller** Bürger zu abzubauen: "Heute, in der Ära des triumphierenden Kapitalismus, ... , darf man sagen, der Rest der menschlichen Gesellschaft kann nur von seinem Angstmilieu, von der sie umgebenden Furcht und Ohnmacht befreit werden, wenn ihr ärmster Teil aus seiner Not befreit wird" (ebd., S. 251).

Das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache orientiert also über die konkrete Veränderung des eigenen Status und der eigenen Lebenslage hinaus in einer universalen Ausrichtung auf die "Herstellung von Bürgerschaftlichkeit und politischer Handlungsfreiheit im Gemeinwesen, als gesellschaftliche Partizipation" (Braun 2002, S. 58).

In der kapitalistischen Gesellschaft war es zunächst dem bourgeois, dem durch Privateigentum, Besitz und Bildung Privilegierten vorbehalten, o. g. Gegensatz von ci-toyen und bourgeois durch die Bildung von freien und offenen Assoziationen jenseits von Familie, Stand, Klasse ... partiell zu vermitteln. Dies gelang infolge wohlfahrtsstaatlicher Absicherungen zunehmend auch den Lohnarbeitern<sup>12</sup>.

Allerdings ist die Absicherung der "Privatautonomie" der Lohnarbeiter an sozialstaatliche Statusgarantien gebunden: "Die eigentumslosen Massen konnten ja die sozialen Bedingungen ihrer privaten Existenz nicht mehr durch Teilnahme an einem privatrechtlich organisierten Güter- und Kapitalverkehr in die Hand bekommen. Die Sicherung ihrer Privatautonomie war auf sozialstaatliche Statusgarantien angewiesen. Diese derivierte Privatautonomie hätte aber für die in der Verfügung über Privateigentum begründete originäre Privatautonomie nur in dem Maße ein Äquivalent bilden können, wie die Bürger als Klienten des Wohlfahrtsstaates in den Genuß von Statusgarantien gekommen wären, die sie sich als demokratische Staatsbürger selber verliehen. Das wiederum schien ... erst im dem Maße möglich zu werden, wie sich die demokratische Kontrolle auf den Wirtschaftsprozeß im ganzen ausdehnte" (Habermas 1990, S. 25). Diese mögliche demokratische Ausdehnung ist bis heute nicht vollzogen. In der kapitalistischen Wohlfahrtsgesellschaft sind die sozialstaatlichen Statusgarantien Ergebnis harter politischer Verteilungskämpfe mit den Besitzenden und Herrschenden. Das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache war daher immer auch gebunden an die Erhaltung und Erweiterung wohlfahrtsstaatlicher, traditionell über Erwerbsarbeit und den Arbeitsmarkt vermittelter, Statusgarantien. Spätestens als aber offensichtlich wurde, dass Arbeitslosigkeit und prekäre sowie niedrig entlohnte Erwerbsarbeit weite Teile der Bevölkerung erfasste, war klar, dass diese sozialstaatlichen Garantien nicht mehr durch eine Integration in Erwerbsarbeit und in den (Arbeits-)Markt erreichbar sind. Folgerichtig forderten seit Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts die unabhängigen Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen Deutschlands<sup>13</sup> die Einführung eines bedingungslos, also unabhängig von einer Erwerbsarbeitsleistung gezahlten

---

<sup>12</sup> Vgl. dazu Kocka 2002.

<sup>13</sup> Unabhängigkeit meint hier die Unabhängigkeit von gewerkschaftlichen, kirchlichen und wohlfahrtsverbandlichen Strukturen.

Existenzgelds in Höhe von 1.500 DM plus Warmmiete für **alle** - daneben eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung, eine gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen unmittelbaren Reproduktionsarbeit (Haus-, Familien-, Erziehungsarbeit) und mittelbaren Reproduktionsarbeit (Erwerbsarbeit), die Beseitigung des Arbeitszwangs und der Armutsarbeit. Der Begriff der Arbeit wurde ausgedehnt auf alle Formen der nicht markt- bzw. staatsorganisierten sozialen, kulturellen und politischen Tätigkeiten <sup>14</sup> (vgl. z. B. Arbeitsloseninitiativen 1983, S. 133ff.; Wolski-Prenger 1989, S. 231; Rein/Scherer 1993, S. 245ff.; Krebs/Rein 2000; BAG der Sozialhilfeinitiativen 2000).

Das vielfältige soziale, soziokulturelle und politische Engagement der unabhängigen Erwerbslosen- und Sozialhilfeinitiativen, wie

- soziale Beratung und politische Bildung,
  - Kulturarbeit und öffentliche politische Diskussionen,
  - Mitwirkung bei regionalen, nationalen und europäischen Aktionen, Demonstrationen, Konferenzen,
  - Mitarbeit in regionalen, nationalen und europäischen Netzwerken gegen Armut, prekäre Beschäftigung und Ausgrenzung,
- ist seitdem verbunden mit dem öffentlich-politischen Engagement für ein armutsfestes und bedingungsloses Grundeinkommen <sup>15</sup>.

Mit dem Existenzgeld-Ansatz wird, neben der Frage nach den Statusgarantien, auch Frage nach dem Status von Menschen neu beantwortet: Dieser Status wird nicht mehr vom Arbeits- bzw. Marktbürger her definiert, aber auch nicht vom Klienten des Wohlfahrtsstaates, der vermittelt über spezifische wohlfahrtsstaatliche Arrangements in Erwerbsarbeit und in den Arbeitsmarkt integriert werden soll <sup>16</sup>. Der bürgergesellschaftliche Status leitet sich ab von der Möglichkeit des mündigen und freien Bür-

---

<sup>14</sup> "Existenzgeld bedeutet für uns - mit seinem Anspruch auf Veränderung der Arbeit - auch eine konkrete Utopie, die eine individuelle Lebensplanung ohne Gelddruck, Bürokratie und Arbeitszwang verspricht und damit 'Selbstverwirklichung' in allen verschiedenen Lebensphasen: in gesellschaftlich notwendiger Arbeit, bei Erholung und schöpferischer Tätigkeit sowie durch eine Bildung, die die Voraussetzung schafft, damit alle gleichberechtigt und kompetent an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse teilnehmen können. Zur gesellschaftlich notwendigen Arbeit gehören die Erziehungs- und Hausarbeit, die Arbeit in Initiativen, Nachbarschaftshilfe, kulturelle Arbeit, gegenseitige Hilfe, Unterstützung und Beratung - zur Vergesellschaftung von unten gegen Ausgrenzung. All dies ist für uns gesellschaftlich notwendige, politische und kulturelle Tätigkeit. Existenzgeld bedeutet für uns die Forderung nach gesellschaftlicher Anerkennung und Bezahlung dieser Arbeiten" (Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut o. J., o. S.; vgl. auch André Gorz zum Zusammenhang von bedingungslos garantiertem Grundeinkommen und einer Multiaktivitätsgesellschaft, Gorz 2000, S. 102ff.).

"Offensichtlich ist Arbeit nur dann Arbeit, wenn sie Profit einbringt und systemstabilisierend ist ...

Wir sollten unseren neuen Begriff von Arbeit auch politisch offensiv vertreten.

- Wenn Umweltschützer die Startbahn West verhindern, dann ist das Arbeit;
- wenn 'Arbeitslose' sich in Arbeitsloseninitiativen zusammenschließen, dann ist das Arbeit;
- wenn Hausfrauen einen Fleischboykott organisieren, für mehr Kindergartenplätze demonstrieren, ist das Arbeit. Nur - und das ist das Dilemma - dafür kriegen wir keine Knete" (Arbeitsloseninitiativen 1983, S. 142f.).

<sup>15</sup> Gewerkschaftliche, kirchliche und wohlfahrtsverbandlich geprägte Initiativen von Armen und Arbeitslosen engagierten und engagieren sich dagegen aus einer traditionellen arbeitsgesellschaftlichen und wohlfahrtsstaatlichen Perspektive gegen Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. dazu Wolski-Prenger 1989; Wolski-Prenger 1993; Rein/Scherer 1993; Wolski-Prenger 1996).

<sup>16</sup> Ein armutsfestes Grundeinkommen ohne Arbeit wäre, so die mögliche Kritik, lediglich eine neue Form wohlfahrtsstaatlicher Klientelisierung. Dieser Kritik ist entgegenzuhalten, dass ein Grundeinkommen ohne Arbeit im Gegenteil die Bürger weitgehend unabhängig von derzeitigen arbeits- und sozialbürokratischen sowie marktbedingten Zwängen macht.

gers, gemeinsam mit Anderen das (politische) Gemeinwesen zu gründen und zu gestalten. Sozialethisch begründet werden kann dieser durch ein armutsfestes Grundeinkommen ohne Arbeit garantierte Bürgerstatus wie folgt: "Wenn ich also will, dass der Mitmensch mir zum Partner wird, muss ich damit einverstanden sein, dass der andere frei wählen kann, dass wir beide frei uns gemeinsam über die Bedingungen unseres gemeinsamen Handelns einigen. Ein Grundeinkommen ist die materielle Voraussetzung für eine Freiheit zu gegenseitiger Bindung ... " (Büchtele 2000, S. 46).

Zygmunt Bauman verband die Idee eines armutsfesten und bedingungslosen Grundeinkommens radikal mit der republikanischen Perspektive: Das "entscheidende Argument zugunsten der bedingungslosen sozialen Zusicherung eines elementaren Lebensunterhaltes liegt ... in ihrer politischen Tragweite und ihrer Bedeutsamkeit für das Gemeinwesen: in der entscheidenden Rolle, die ihr für die Rekonstruktion des verlorengegangenen öffentlich-privaten Raumes und für die Belebung ebendieses ... zukommt" (Bauman 2000, S. 259f.). Dieses Grundeinkommen "würde die Natur des politischen Gemeinwesens radikal verändern; es würde eine Instanz für Recht und Ordnung oder Krisenfeuerwehr in ein Allgemeinwohl verwandeln, in eine Arena, in der individuelle und Gruppeninteressen zu öffentlichen Angelegenheiten transformiert werden ..." (ebd., S. 262). Die Bürger, nunmehr ledig der Existenzängste, würden in die Lage versetzt, "die Lebensentwürfe, denen sie den Vorzug geben, frei zu diskutieren und umzusetzen" (ebd., S. 268)<sup>17</sup>.

Halten wir als eine **erste Zielstellung** des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache fest: die Ermöglichung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements aller Bürger auf der Grundlage eines armutsfesten und bedingungslosen Grundeinkommens - darin eingeschlossen die Aufhebung der realen sozialen und ökonomischen Armuts- und Unterversorgungslagen sowie damit begründeter Ausgrenzungs-, Herrschafts- und Zwangsverhältnisse.

Im Folgenden werden nun Angebotsstrukturen des bürgerschaftlichen und politischen Engagements armer und arbeitsloser Bürger in eigener Sache in qualitativer Hinsicht entwickelt und anhand von Beispielen verdeutlicht.

## **5.2 Die Integration in das Gemeinwesen - Gegen die (Selbst-)Ausgrenzung der "Parias"**

Hannah Arendt beschreibt den Ort des Bürgerschaftlich-Politischen als einen Ort, an dem freie Bürger öffentlich miteinander sprechend und handelnd sich um die öffentlichen Angelegenheiten sorgen. Durch dieses sorgende Engagement ist der Einzelne eingebunden in die gemeinsame Welt der öffentlichen Angelegenheiten - mit seinen jeweiligen Interessen in dieser Welt und den Anderen gegenüber. Mit diesem objek-

---

<sup>17</sup> Einer oft benannten Bürgerpflicht zur Einmischung in die öffentlichen Angelegenheiten wurde in der Antike das Recht auf die Muße, d. i. Freiheit vom öffentlich-politischen Geschäft, gegenüber gestellt (vgl. Arendt 1994, S. 20). Auch der republikanische Ansatz der Freiwilligkeit sucht "eine Balance zu finden zwischen der Befreiung des einzelnen von der Einmischung und des Bürgerrechts auf Einmischung" (Bauman 2000, S. 235) und keine ins Bürgergesellschaftliche transformierte Leistungs- und Pflichtethik. Denn: Einmischung ist nicht eine Pflicht, sondern ein Recht, eigene Positionen im öffentlich-politischen Raum zu verhandeln. Wer daraus eine Pflicht macht, verletzt den Grundsatz der individuellen Freiheit und leistet der Umwandlung von freiwilligem Engagement in reglementierte öffentliche Staatsbürgerpflichten Vorschub. Freiwillige Tätigkeit wird so zum Pflichtdienst, Bürgergesellschaft zur Zwangsgesellschaft.

tiv-weltlich vermittelten Bezug der kommunikativ Handelnden aufeinander wird ein intersubjektives Bezugsgewebe geknüpft, indem "Menschen sich direkt ... aneinander richten und sich gegenseitig ansprechen" (Arendt 1994, S. 173). Dieses intersubjektive "Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten" entfaltet nur dann eine den Einzelnen integrierende und eine Gemeinwesen bildende Kraft, wenn die personale Einmaligkeit und Identität beim öffentlichen Sprechen und Handeln Ausdruck und Platz finden kann (vgl. ebd., S. 49ff. und 172ff.): Ohne diese Form der Integration und zugleich politischen Gemeinwesenbildung kann kein individuelles Engagement und keine individuelle Verantwortung für das Gemeinwesen, auch kein "Bürgersinn" vom Einzelnen erwartet werden. Das soziale "Kapital" der Gesellschaft kann sich nicht voll entfalten.

Diese qualitative Charakterisierung des "Ortes" des Bürgergesellschaftlich-Politischen bildet den Hintergrund für die Beschreibung der Situation und des Verhaltens der von der Gesellschaft ausgegrenzten "Parias" <sup>18</sup> durch Hannah Arendt:

1. Die "Parias", die aus der gemeinsamen Welt Ausgegrenzten, die Erniedrigten, die Unterdrückten, Verfolgten und Ausgebeuteten, haben das "Vorrecht" gegenüber allen Anderen, sich vollends von der Einmischung in die Welt, in die öffentlichen Angelegenheiten, abzuwenden - und damit auch der Sorge um diese Angelegenheiten ledig zu sein. Die "Parias" ziehen sich in eine Sphäre privat-familial geprägter Bindungsverhältnisse zurück. Arendt nennt diese Sphäre die brüderliche Sphäre der Menschlichkeit. Die Wärme dieser Sphäre, so Arendt, entschädigt für die Ausgrenzung von der Teilhabe an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten <sup>19</sup>. Die **erzwungene und berechnete** (Selbst-)Ausgrenzung der "Parias" aus der öffentlich-politischen Sphäre ist für diese verbunden mit einem "radikalen Weltverlust, eine(r) so furchtbaren Verkümmern aller Organe, mit denen wir der Welt zugewandt" (Arendt 1989, S. 28) - mit dem Verlust des "Gemeinsinns", mit dem sich die Menschen in der Welt orientieren, und des "Schönheitssinns", mit dem die gemeinsame Welt geliebt wird. Die sensible und liebende Sorge der "Parias" für die gemeinsamen öffentlichen Angelegenheiten ist also gefährdet oder gar schon verloren (vgl. ebd., S. 26ff.).

2. Das dennoch mögliche widerständige, sich öffentlich einmischende Handeln aus der "Paria"-Situation heraus ist qualitativ eingeschränkt: durch eine implizite "Anerkennung einer politischen Gegenwart, die eine Zugehörigkeit diktiert hatte, in welcher gerade die Frage der personalen Identität im Sinne des Anonymen, des Namenlosen mitentschieden war" (ebd., S. 30). Der einzelne "Paria" wird in seiner "Paria"-Zugehörigkeit von Anderen wahrgenommen. Auch identifiziert und definiert er sich selbst über diese Zugehörigkeit, nicht als Freier und Gleicher eines politischen Gemeinwesens miteinander kooperierender Bürger. Aber ohne die im öffentlich-politischen Handeln eingebrachte personale Identität ist auch keine wirkliche Integration des Einzelnen in das intersubjektive Bezugsgewebe menschlicher Angelegenheiten möglich.

3. Auf der Seite der nicht Ausgegrenzten erkennt Arendt eine Unheil bringende Mitleidshaltung gegenüber den "Parias": Die nicht Ausgegrenzten versuchen, "die Unglücklichen glücklicher zu machen, anstatt für alle Gerechtigkeit zu etablieren" (ebd., S. 30). Wohlfahrtsstaatlich übersetzt heißt das: Auf den privat-familial geprägten

---

<sup>18</sup> Parias: aus der indischen Kastengesellschaft sozial, politisch und religiös-kulturell Ausgegrenzte, Kastenlose.

<sup>19</sup> Vgl. das Phänomen der Orientierung des öffentlichen Engagements Armer und Arbeitsloser auf den sozialen (Nah-)Bereich und Selbsthilfe (Punkt 1). Mit Arendts Charakterisierung wird allerdings übersehen, dass auch im "brüderlichen" bzw. privat-familial geprägten "Rückzugsort" sehr wohl "kaltes" Verhalten und ebensolche Verhältnisse möglich sind: Misstrauen, Feindschaft und Denunziation.

Rückzug der Ausgegrenzten wird gesellschaftlich mit Glück verheißenden Integrationsangeboten und Wohltätigkeiten reagiert, nicht aber mit der Schaffung der Voraussetzung für eine wirkliche Gerechtigkeit - Freiheit und Gleichheit aller.

Die "Paria"-Situation - der Rückzug ins privat-familial geprägte Weltlose, das Desinteresse, die Sorglosigkeit und Ungelertheit gegenüber dem Öffentlich-Politischen und die Wohlfahrts-Klientelisierung - hat Gabriel unter Bezugnahme auf die Ergebnisse einer USA-Studie mit folgenden Worten erfasst: "Sie wollen nicht partizipieren, sie können nicht partizipieren und keiner hat sie dazu aufgefordert politisch aktiv zu werden" (Gabriel 2002, S. 143) <sup>20</sup>.

Bürgerschaftliches und politisches Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache kann und muss gegen diese (Selbst-)Ausgrenzungen und qualitativen Einschränkungen ausgrenzungsfreie öffentlich-politische Räume und Lern-Gelegenheiten schaffen - für das gemeinsame Sprechen und Handeln der Armen **und** der Nicht-Armen, der Arbeitslosen **und** der Nicht-Arbeitslosen. Diese ausgrenzungsfreien öffentlichen Räume müssen die Gewähr bieten, dass die privaten Sorgen und Nöte der Bürger (Bauman) **und** die personale Einmaligkeit (Arendt) das Tageslicht der öffentlichen Diskurse um die Gestaltung der Angelegenheiten des Gemeinwesens erreichen. Dazu bedarf es allerdings einer Lernanstrengung aller Beteiligten.

Ein Beispiel dazu: Im Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung der Bundesrepublik Deutschland wird festgestellt, dass der Erfolg des benannten Vorhabens im Wesentlichen von der Mobilisierung und der Partizipation aller relevanten Akteure abhängig ist. Zu diesen Akteuren zählen die Nichtregierungsorganisationen. "Zu den Nichtregierungsorganisationen gehören die großen Wohlfahrtsverbände ebenso wie die Organisationen, in denen sich vom Risiko sozialer Ausgrenzung besonders betroffene Gruppen zusammengeschlossen haben" (Bundesregierung Deutschland, S. 43) <sup>21</sup>. Die Vertreter der nationalen Organisationen der Armen und Ausgegrenzten orientierten auf dem europäischen Gipfel der Armen in Brüssel 2001 auch auf die Lernanstrengungen der Nicht-Armen bei der Umsetzung der Nationalen Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung sowie auf die Realisierung bestimmter Partizipationsbedingungen für diesen Prozess: "Bei der Einführung von Partizipationsprozessen muss den Unterschieden und individuellen Besonderheiten unseres Lebens in Armut Rechnung getragen werden - ebenso den Unterschieden in der Art und Weise, wie kommuniziert und getagt wird, sowie den unterschiedlichen Ausgangspositionen. Um als vollwertige Verhandlungs- und Diskussionspartner teilnehmen zu können, ist oft ein Vorbereitungsprozess notwendig ... Wir brauchen außerdem Unterstützung beim Formulieren unserer Meinungen. Das kostet Zeit und Mittel, die vorgesehen werden müssen. Damit die policy-makers

---

<sup>20</sup> Mit dieser Charakterisierung ist nicht einer Diffamierung status- und lebenslagebedingter (Selbst-)Ausgrenzung und öffentlich-politischer Abstinenz Armer und Arbeitsloser das Wort geredet - auch nicht einer Diffamierung der Einschränkung deren politischen Protests auf die Institutionen der Armutspolitik.

<sup>21</sup> Zur Umsetzung der europäischen beschäftigungspolitischen Leitlinien auf lokaler und regionaler Ebene wird festgestellt: "Sämtliche Akteure auf regionaler und lokaler Ebene - einschließlich der Sozialpartner - müssen für die Umsetzung der europäischen Beschäftigungsstrategie mobilisiert werden ... Die Mitgliedstaaten werden ... die lokalen und regionalen Behörden anregen, Beschäftigungsstrategien zu entwerfen, um die bestehenden Möglichkeiten zur Schaffung von Arbeitsplätzen auf lokaler Ebene voll auszuschöpfen und zu diesem Zweck Partnerschaften mit allen betroffenen Akteuren - auch mit Vertretern der Zivilgesellschaft - zu fördern" (Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 2001, L 22/23)

mit Autorität und Fachkompetenz sprechen können, müssen sie Armut kennen lernen und sich in einem Lernprozess mit Problemen von Armut und sozialem Ausschluss vertraut machen" (Punkt 12 des Abschlusspapiers des Gipfels der Armen vom 01. - 03.12. 2001 in Brüssel; eigene Übersetzung aus dem Englischen).

Als Beispiele für die Schaffung ausgrenzungsfreier öffentlich-politischer Räume für Arme und Arbeitslose sollen im Folgenden die Armutskonferenz in Berlin, der Arbeitslosenbeirat Dresden bzw. der ArbeitslosenRat Dresden (A.R.D.), die Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz (DBS) und die Ganzheitliche Arbeits- und Lebens-Akademie Dresden (GALA) aufgeführt werden.

### **Armutskonferenz von unten - von Betroffenen, mit Betroffenen, für Betroffene**

Die Armutskonferenz von unten tagte am 17. Dezember 1999 in Berlin-Friedrichshain - organisiert vom Berliner Hängematten e. V.<sup>22</sup>

Für die Organisatoren, Arbeitslose und Sozialhilfebeziehende, galt Folgendes als Ausgangspunkt der Konferenz: "Seit mehreren Jahren nehmen wir an Armutskonferenzen teil. Wir haben immer bemängelt, daß dort keine Betroffenen zu Wort kommen. Es wurde von Fachleuten über Arme geredet ... Hätte man sich die Mühe gemacht, Betroffene mit auf das Podium zu nehmen, wären - wie bei unserer Veranstaltung - auch andere Gründe und Sichtweisen bekannt geworden" (Hängematten 2000, S. 5).

Zwei Tage vor der Konferenz arbeiteten sieben Gruppen zu folgenden Themen:

AG Leben in Armut, AG Familien in Armut, AG Obdachlosigkeit, AG Verdrängung Armer und "soziale" Stadtteilentwicklung, AG Sozialhilfeberatung und ihre Grenzen, AG Beschäftigungsprogramme und working poor, AG Drogenproblematik unter besonderer Berücksichtigung der Armutsfrage.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen wurden auf der Konferenz vorgestellt und gemeinsam mit 200 Teilnehmern (Sozialhilfebeziehende, Arbeitslose, Politiker, Vertreter der Ämter) diskutiert. Zum Abschluss der Konferenz wurde ein Forderungskatalog erstellt.

Die Arbeit der Armutskonferenz von unten war gebunden an folgende Bedingungen (vgl. Hängematten 2000):

1. Keine Arbeitsgruppe arbeitete ohne die Mitwirkung von Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden.
2. Keine Diskussion der Ergebnisse der Arbeitsgruppen ohne Arbeitslose und Sozialhilfebeziehende. Raum und Zeit für die Aussprache der individuellen Sicht der beteiligten Armen und Arbeitslosen auf die Ergebnisse, für die persönliche Darstellung der aktuellen Lebenssituation, der Nöte mit den niedrigen Sozialleistungen und den Ämtern.

Die zweite Armutskonferenz von unten tagte am 18. und 19. November 2000 in Berlin-Friedrichshain unter dem Motto "Armut ist kein Zufall - Widerstand auch nicht" - wiederum organisiert von den Berliner Hängematten (vgl. Hängematten 2001).

Inhaltlich wurde in acht Gruppen gearbeitet: AG Jugend und Familie, AG Altersarmut, AG Armut und Repression, AG Armutsbezirk Kreuzberg/Friedrichshain, AG Armut und Psychiatrisierung, AG Selbstorganisiertes Überleben, AG Sozialer Widerstand.

---

<sup>22</sup> Die Hängematten bieten Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden kostenlose Mahlzeiten und Sozialberatung, Möglichkeiten der Teilnahme an Aktionen, Diskussionsabenden und Kulturprojekten an.

Neben den inhaltlichen Debatten und den politischen Forderungen<sup>23</sup> orientierte die Armutskonferenz auf öffentlich-politische Aktionen und Kampagnen. So wurde im Mai 2001 mit der Besetzung eines Büros von Quartiersmanagern gegen deren sozial ausgrenzenden und diskriminierenden Praktiken protestiert (vgl. Brain e. V. 2001 a, S. 7f.). Tage darauf wurde symbolisch die Teamleitung des Sozialamtes Berlin-Neukölln verhaftet - "wegen permanenter Verletzung der Persönlichkeitsrechte der Hilfesuchenden durch Videoüberwachung und Nichtgewährung von Leistungen, die Hilfesuchenden nach BSHG eigentlich zustehen" (Brain e. V. 2001 b, S. 11).

### **Arbeitslosenbeirat Dresden und ArbeitslosenRat Dresden (A.R.D.)**

1998 initiierte die Koordinierungsgruppe der Arbeitsloseninitiativen und Beschäftigungsprojekte in Dresden die Berufung eines Arbeitslosenbeirates durch den Stadtrat und den Oberbürgermeister gemäß dem § 47 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen.

Der Arbeitslosenbeirat hatte die Aufgabe, den Stadtrat und die Stadtverwaltung bei allen die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosen in Dresden tangierenden Entscheidungen zu beraten sowie Empfehlungen hinsichtlich der Gestaltung der Kommunalpolitik zu geben. Mitglieder des Arbeitslosenbeirates waren 12 arbeitslose Bürger und 9 Vertreter der Fraktionen im Stadtrat. Zugewogen waren bei den Beratungen des Beirats Mitarbeiter der relevanten Bereiche der Stadtverwaltung.

Dieser Beirat war der erste Beirat Arbeitsloser in Deutschland. Er wurde im September 1999 durch die Stadtratsmehrheit der CDU, F.D.P. und DSU wieder abberufen.

Die im Arbeitslosenbeirat engagierten Arbeitslosen hatten nur wenig kommunalpolitische Erfahrungen. Sie verfügten dafür über Expertenwissen bezüglich der Situation Armer und Arbeitsloser - aus eigener Erfahrung und aus dem Engagement in den verschiedenen Arbeitsloseninitiativen. Eine Schwierigkeit bei der Arbeit im Arbeitslosenbeirat bestand darin, die von persönlicher Betroffenheit geprägten unterschiedlichen Sichtweisen der im Beirat engagierten Arbeitslosen in kommunalpolitische Zusammenhänge zu transformieren. Umgekehrt bestand für die beteiligten Stadträte und mitwirkenden Vertreter der Stadtverwaltung die Schwierigkeit, kommunalpolitische Aufgaben und Vorhaben mit der realen Situation Armer und Arbeitsloser abzugleichen. Dies wurde z. B. deutlich bei der Diskussion über die Förderrichtlinie für die Komplementärfinanzierung von Beschäftigungsmaßnahmen durch die Kommune oder bei der Diskussion der Ausgestaltung der Förderrichtlinie für Arbeitslosenberatungsstellen in Dresden.

Unterstützung fanden die Mitglieder des Arbeitslosenbeirates durch externe Bildungsangebote im Rahmen der kommunalpolitischen Foren der Friedrich-Ebert-Stiftung und durch die gemeinsamen Beratungen mit der Koordinierungsgruppe der Arbeitsloseninitiativen und Beschäftigungsprojekte in Dresden.

Seit der Abberufung des Arbeitslosenbeirates arbeiten mehrere ehemalige Beiräte im öffentlich tagenden ArbeitslosenRat Dresden (A.R.D.) mit interessierten Fraktionen im Dresdner Stadtrat zusammen. Der A.R.D. initiierte z. B. im Februar 2002 ein Diskussionsforum "Arbeitslose Bürger und ihr Oberbürgermeister", auf dem Arbeitslose und Vertreter der Arbeitsloseninitiativen aus Dresden gemeinsam mit dem Oberbürgermeister über eine bürgerorientierte Kommune und über Möglichkeiten der Beteili-

---

<sup>23</sup> Gegen die Diskriminierung und repressive Behandlung Sozialhilfebeziehender und Arbeitsloser in Ämtern, gegen die Psychiatrisierung sozialer Problemlagen, für die Abschaffung der Zwangsarbeit nach § 25 BSHG, für die Einführung einer armutsfesten und bedingungslosen Grundsicherung ... (vgl. Hängematten 2001)

gung Arbeitsloser an den sie betreffenden Entscheidungen in der Kommunalpolitik diskutierten. Die Teilnehmer des Forums konnten ihre Erwartungen an die Stadtverwaltung und den Stadtrat, ebenso ihre kommunalpolitischen Mitwirkungsbereitschaften darlegen. Folgende Ergebnisse und Vorschläge des Forums wurden in dem Abschlussbericht der vom Dresdner Oberbürgermeister berufenen Arbeitsgruppe Rathaus und Bürgerschaft aufgenommen: Aktive Mitarbeit des A.R.D. im Team Arbeit und Qualifizierung des Dresdner Kommunalforums für Wirtschaft und Arbeit sowie im kommunalen Netzwerk "Lokale Beschäftigungspolitik", Vorschlag eines Ämter-TÜVs für das Arbeitsamt und Sozialamt - Bewertung der Qualität der Beratungen durch Arbeitslose, Vorschlag der Einrichtung einer Arbeitsgruppe "Arbeitslosigkeit und Arbeitslose in Dresden" (Arbeitslose und Stadträte) und der Berufung eines ehrenamtlichen Beauftragten für Fragen der Arbeitslosigkeit in Dresden.

### **Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz (DBS)**

Die Erste Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz wurde organisiert von einer Bürgerinitiative und von mehreren Arbeitslosen des ArbeitslosenRates Dresden (A.R.D.). Die Konferenz fand am 31. März 2000 im Dresdner Rathaus statt. Sie orientierte auf die Themen Soziales, Soziokultur und Bürgerbeteiligung.

Angesprochen waren alle Bürger der Stadt, insbesondere Arbeitslose und Sozialhilfebeziehende, darüber hinaus Bürgerinitiativen, Träger der freien Wohlfahrtspflege sowie die Stadträte aller Fraktionen. Statements über die soziale Situation in Dresden, über die Situation einer Sozialhilfebeziehenden und über die Möglichkeiten soziokulturellen Engagements in Dresden führten thematisch ein. In zwei weiteren Statements wurden die Fragen "Ist der Arbeitslose eine Bürger?" und "Ist der Sozialhilfeempfänger ein Bürger?" behandelt. Mit der Konferenzmethode open space konnte den Teilnehmern die Möglichkeit gegeben werden, eigene Themen sowie Formen und Möglichkeiten der Partizipation an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens zu diskutieren - die inhaltliche Ausrichtung und Gestaltung der Diskussion oblag den Teilnehmern selbst. Ergebnisse des open space waren z. B. folgende Forderungen und Vorhaben: Einführung eines Ämter-TÜVs (Arbeitsamt/Sozialamt), Ausrufung einer Ethik-Kommission gegen Arbeitszwang und Lohndumping, Erstellung eines Wegweisers für Sozialhilfebeziehende in Dresden, Erarbeitung eines Lebenslagenreports für Dresden unter Beteiligung armer und arbeitsloser Bürger<sup>24</sup> (vgl. Bürgerinitiative Erste DBS 2001).

Eine Zweite Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz fand Ende 2002 statt.

Unterstützt werden die Konferenzen durch Stiftungen der politischen Bildung, durch die Bürgerstiftung Dresden, die Stiftung Mitarbeit und durch den DGB.

### **Ganzheitliche Arbeits- und Lebens-Akademie Dresden (GALA)**

Die ganzheitliche Arbeits- und Lebens-Akademie Dresden (GALA) wurde von Arbeitslosen, Erwerbstätigen und Studenten im Jahre 2000 initiiert. Das Anliegen von GALA ist:

---

<sup>24</sup> Der Sozialhilfe-Wegweiser wurde inzwischen von Arbeitslosen und Sozialberatern fertig gestellt. Die Erstellung des Lebenslagenreports Dresden ist von drei Fraktionen des Stadtrates per Antrag auf die kommunalpolitische Agenda gesetzt worden.

"Mit **G A L A** wollen wir Kommunikations- und Erprobungsräume für vielfältige kreative Umgänge mit Erwerbsarbeit und deren - gewollten und erzwungenen - Verlust in der Region Dresden aufbauen. 'Betroffene' (Arbeitslose, unter Erwerbsarbeit Leidende) sollen aus ihrer Isolation geholt werden, indem wir eine Art Labor zur Entfaltung und Erprobung ihrer Neigungen, Fähigkeiten und Wünsche vorhalten. Da es sich gleichermaßen um tiefgreifende individuelle und gesellschaftliche Lernprozesse handelt, muß das Angebot von **G A L A** offen in methodischer und sozialer Hinsicht sein ...

**G A L A** selbst gilt als Lernprozeß für uns alle; darin gerade liegt deren Reiz und Chance. Gefordert ist hier ein Lernen durch Kommunikation in der Region, d. h.

- ◆ Kommunikation über Gestaltungsspielräume zwischen 'Arbeitslosigkeit in der Region' und 'regional notwendigen und nützlichen Tätigkeiten'
- ◆ 'Kommunikation' der von Arbeitslosigkeit Betroffenen bzw. der TeilnehmerInnen mit ihren eigenen Ressourcen, untereinander und mit 'der arbeitenden Umwelt'.

**G A L A** selbst verfolgt also drei Ziele

- **soziale Integration** von Arbeitslosen und Arbeitenden, durch die Förderung der praktischen und kommunikativen Integration und von Selbsthilfeaktivitäten
- **soziale Innovation**, durch die Förderung alternativer Arbeits- und Lebensentwürfe
- **ökonomische Innovation**, durch die Initiierung integrativer ökonomischer Prozesse im regionalen/kommunalen Kontext" (Selbstdarstellung der Initiatoren von GALA, vgl. auch [www.gala-dresden.de](http://www.gala-dresden.de)).

Monatliche Treffs der GALA-Mitglieder geben Raum unterschiedliche Erfahrungen, unterschiedliche Sichtweisen auf die Themen Erwerbsarbeit, Arbeitslosigkeit, Arbeits- und Sozialpolitik sowie alternative Arbeits- und Lebensformen zu diskutieren. Ausgelöst werden die Diskussionen zumeist durch thematische Beiträge.

Finanziell unterstützt aus Mitteln des Europäischen Fonds "local social capital" wurden im Rahmen der Bildungs-GALA im Jahr 2001 mehrere öffentliche Bildungsprojekte von interessierten GALA-Mitgliedern selbst organisiert und gestaltet. Einige Beispiele:

- Workshop mit Arbeitslosen und mit Sozialberatern zur Frage "Grundsicherung und Leben ohne Erwerbsarbeit"
- Ausstellung "Arbeit auf Teufel komm raus - Über Sinn und Unsinn von Erwerbsarbeit" im Arbeitsamt Dresden und Diskussionen mit Arbeitslosen darüber
- Workshop über alternative Arbeits- und Lebensformen
- Workshops über die Entwicklung der Lokalen Ökonomie und der Bürgerbeteiligung bei der Gestaltung eines Stadtteils in Dresden
- Erarbeitung und öffentliche Präsentation eines Wegweisers für Sozialhilfebeziehende in Dresden

Darüber hinaus organisierten GALA-Mitglieder zwei gemeinsame Bildungswochenenden. Hannah Arendts Arbeits- und Politikbegriff und Luthers Arbeitsethik standen zur Debatte.

Diese einzelnen Bildungsprojekte wurden während der monatlichen GALA-Treffen gemeinsam diskutiert, bestätigt und abgerechnet. Die Organisation und Durchführung der Projekte oblag den verantwortlichen Akademie-Mitgliedern. Eine solidarische Unterstützung durch weitere Akademie-Mitglieder wurde angestrebt.

Die hier beispielhaft aufgeführten Projekte bürgerschaftlich und politisch engagierter Armer und Arbeitsloser verdeutlichen eine **zweite Zielstellung** deren Engagements:

die Herstellung ausgrenzungsfreier öffentlich-politischer (Lern-)Orte, die die Partizipation aller Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten ermöglichen. Diese Orte befördern auch die Übersetzung privater Sorgen und Nöte Armer und Arbeitsloser in öffentliche Angelegenheiten und Gestaltungsaufgaben. Individuell geprägte Engagementmöglichkeiten und ein hoher Grad an Selbstgestaltungsmöglichkeiten für die Beteiligten sind wesentliche Merkmale dieser (Lern-)Orte.

Wohlfahrtsverbandlich geprägte Institutionen und deren Vertreter dagegen besetzen in der Regel solche öffentlich-politische Orte und Lerngelegenheiten - gemäß ihres Stellvertreter- und Lobbyverständnisses. Oder aber sie ignorieren die Notwendigkeit solcher ausgrenzungsfreien, öffentlich-politischen (Lern-)Orte: Ein Beispiel: Bis auf eine Ausnahme unterstützt trotz mehrfacher Bitten kein Spitzenverband der freien Wohlfahrtspflege die Dresdner Bürger- und Sozialkonferenzen.

Traditionell arbeitsgesellschaftlich geprägte korporatistische Vereinigungen dagegen verhindern das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache. Ob nun z. B. beim bundesweiten Bündnis für Arbeit oder auch in den Selbstverwaltungsausschüssen/Vorständen der Bundesanstalt für Arbeit - die Partizipation der Armen und Arbeitslosen und der Vertreter ihrer bürgergesellschaftlichen Zusammenschlüsse an den Entscheidungsprozessen genannter Gremien wird verhindert.

### **5.3 (Rück-)Eroberung der vom Markt und Staat besetzten öffentlichen Räume**

Es wird von Eva Senghaas-Knobloch darauf verwiesen, dass Hannah Arendts an der antiken Denkweise orientierte Zuordnung der Tätigkeit des Arbeitens zur Privatsphäre, der Tätigkeit des Herstellens und des Werkens zur privat-öffentlichen Marktsphäre und der Tätigkeit des Sprechens und Handelns zur öffentlich-politischen Sphäre aufzulösen ist. Sie schlägt vor, "Arendts Unterscheidung der Tätigkeiten als eine idealtypische Unterscheidung spezifischer Haltungen aufzufassen: eine Haltung der Anpassung an die Notwendigkeiten des Lebensprozesses (Arbeiten), eine instrumentelle Haltung (Herstellen) - auch gegenüber den Mitmenschen - und eine Haltung der Sorge für die gemeinsame Welt, die gemeinsamen politischen Angelegenheiten (Handeln)" (Senghaas-Knobloch 2001, S. 287) <sup>25</sup>.

### **Erwerbsarbeitswelt in Markt und Staat und bürgerschaftliches Engagement**

Für die Überwindung der topologisch geprägten Sichtweise auf das bürgerschaftlich-politische Engagement findet sich bei Senghaas-Knobloch folgendes Beispiel: "Der

---

<sup>25</sup> Gegenüber einer topologischen, auf die jeweilige gesellschaftliche Sphäre bezogenen, Bestimmung menschlicher Tätigkeiten wird eine idealtypische Bestimmung der Tätigkeitsgehalte vorgezogen. Das hat auch Folgen für die Bestimmung des "Ortes" des bürgerschaftlichen Engagements: Der "eigentliche intermediäre Status bürgergesellschaftlicher Beziehungen im öffentlichen Raum zwischen und jenseits von Staat, Markt und Primärgruppenbeziehungen" (Olk 2001, S. 38) basiert, in idealtypischer Perspektive betrachtet, darauf, dass der eigentlich öffentlich-politische Raum immer und überall dort vorhanden ist, "wo Menschen handelnd und sprechend miteinander umgehen" (Arendt 1994, S. 193). Das Intermediäre bürgergesellschaftlicher Beziehungen realisiert sich also keineswegs nur durch externe Beeinflussungen und Rückwirkungen der bürgergesellschaftlichen auf die anderen Sphären, sondern genauso durch interne Beeinflussungen und Rückwirkungen der bürgergesellschaftlichen Beziehungen in den Sphären Markt, Staat und Primärgruppe. In diesem Sinne ist bürgerschaftliches und politisches Engagement nicht nur in bestimmten bürgergesellschaftlichen Engagement- und Assoziationsformen jenseits der Markt-, Staats- und Privatsphäre zu verorten.

Bedeutung von Handeln und Sprechen im öffentlichen Raum kann nur gerecht werden, wer die Veränderungen der Erwerbsarbeitswelt auch unter der Fragestellung untersucht, welche Chancen dadurch intern für eine Erweiterung der bisher äußerst eingeschränkten Mitsprachemöglichkeiten in den konkreten Organisationen und Betrieben für Frauen und Männer entstehen und welche Ressourcen dadurch extern für die frauenspezifische Erneuerung bürgerschaftlichen Engagements bereitgestellt werden" (ebd., S. 292). Senghaas-Knobloch postuliert in bürgergesellschaftlicher Absicht: "Im Vordergrund steht nicht mehr nur die gleichberechtigte und gleichbeachtete Teilhabe am Marktgeschehen, sondern die Ressourcensicherung für eine Teilhabe am politischen Handeln, die Ermöglichung, die eigene Sicht auf die Beschaffenheit des Gemeinwesens öffentlich zur Geltung zu bringen" (ebd., S. 291).

Dieser Ansatz kann übertragen werden auf die Integration Armer und Arbeitsloser in den privatwirtschaftlichen (Arbeits-)Marktbereich und den (quasi-)staatlichen Beschäftigungsbereich.

Die dortigen Erwerbsarbeitsbedingungen können entweder engagementförderlich oder -hinderlich sein - sowohl hinsichtlich der internen Beteiligung und Mitbestimmung als auch hinsichtlich des externen bürgerschaftlichen Engagements. Erwerbsarbeitsverhältnisse mit einem hohen Grad an Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Gestaltung interner "betrieblicher" Prozesse und des Outputs dieser Prozesse haben neben dieser unmittelbaren betriebspolitischen Funktion auch die Funktion (Lern-) "Ort" der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens zu sein <sup>26</sup>. Die Möglichkeiten des externen bürgerschaftlichen Engagements der Erwerbstätigen werden wesentlich von der Höhe des Erwerbseinkommens und vom herrschenden Erwerbsarbeitszeitregime bestimmt. Weder intern noch extern engagementförderlich sind die mit den Begriffen Niedriglohnarbeit, working poor und prekäre Beschäftigung bezeichneten Erwerbsarbeitsverhältnisse in der Markt- und Staatssphäre - weil die Sorge um das Lebensnotwendige, um das Erwerbseinkommen sowie ungenügende Zeitressourcen aufgrund langer Arbeitszeiten bzw. mehrerer Jobs die Mitbestimmungsbereitschaft und die aktive Sorge um die öffentlichen Angelegenheiten des politischen Gemeinwesens erheblich schmälern bzw. verdrängen <sup>27</sup>.

Der Schutz aller Bürger vor Niedriglohnarbeit, working poor, prekärer Beschäftigung und die radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung unter Bewahrung der Existenzsicherung - diese Ziele werden von den unabhängigen Erwerbslosen-, Sozialhilfeinitiativen und Jobberinitiativen sowie den gewerkschaftlichen Arbeitsloseninitiativen seit Anfang der 80er Jahre des vorigen Jahrhunderts verfolgt (vgl. z. B. Arbeitsloseninitiativen 1983, S. 36f., 51 und 90; Bundesarbeitsgruppen der Erwerbsloseninitiativen 1988, S. 64ff., Wolski-Prenger 1989, S. 214f. und 233 und 236; Rein/Scherer 1993, S. 241ff.; BAG der Sozialhilfeinitiativen 2000, S. 62; Hängematten 2000, S. 67; Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen in Deutschland 2002).

Öffentliche Aktionen, Demonstrationen, Konferenzen und politische Interventionen auf europäischer, nationaler und kommunaler Ebene und die solidarische Unterstützung bei der legalen und illegalen Zurückweisung zugemuteter prekärer Erwerbsarbeit und Armutsarbeit - sehr breit ist dabei die Palette des bürgerschaftlichen und

---

<sup>26</sup> In bestimmten sozialwirtschaftlichen bzw. genossenschaftlichen Betrieben des so genannten 3. Sektors oder der Alternativökonomie sind diese Möglichkeiten Essentials.

<sup>27</sup> Vgl. dazu die unter Punkt 1 benannten Ressourcen für ein bürgerschaftliches Engagement.

politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache zur (Rück-)Eroberung der Partizipationsmöglichkeiten in und neben der Markt- und Staatssphäre.

## **Bürgergesellschaftliche Assoziationen Armer und Arbeitsloser**

Eine besondere Möglichkeit der (Rück-)Eroberung der von Markt und Staat besetzten öffentlichen Räume ist mit dem Aufbau und dem Erhalt selbst organisierter Strukturen<sup>28</sup> für die soziale Unterstützung **sowie** für eine bürgerschaftliche und politische Organisation und Vernetzung Armer und Arbeitsloser gegeben.

Die unabhängigen und gewerkschaftlichen Initiativen grenzen sich mit ihren Strukturen bewusst von den wohlfahrtsstaatlich geprägten Fremdhilfeangeboten professioneller Sozialer Arbeit<sup>29</sup> ab: Denn deren institutionalisierte Angebote führen **erstens** zu einer Verwaltung und einer bürgerschaftlich-politischen Ruhigstellung der Armen und Arbeitslosen vermittelt einer (quasi-)staatlichen Kontrolle, vermittelt einer individualisierenden Hilfe<sup>30</sup> und Pathologisierung der Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. Wolski-Prenger 1989, S. 238; Rein/Scherer 1993, S. 50ff., 61ff. und 170ff.). **Zweitens** ist in diesen Fremdhilfeangeboten neben der sozialen Unterstützung bei der Lebensbewältigung und bei der (Arbeits-)Marktintegration kein Raum gegeben für eine politische Integration<sup>31</sup>. Soziale Integration Armer und Arbeitsloser wird primär als eine Integration in den (Arbeits-)Markt, auch in prekäre Beschäftigung und Niedriglohnjobs, verstanden - nicht als Integration in ein politisches Gemeinwesen bzw. als Gründung eines solchen.

Darüber hinaus: Die institutionalisierten Fremdhilfeangebote der kommunalen Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände unterliegen ökonomischen Notwendigkeiten der Rentabilität und Selbsterhaltung<sup>32</sup>. Die Tätigkeit der dort Beschäftigten und auch der ehrenamtlichen Gremien ist von einem dem Arbeiten verwandten Anpassungsverhalten an die (Über-)Lebensnotwendigkeiten geprägt - Erhalt der Arbeitsplätze des Stammpersonals und der Anteile am staatlichen Förderkuchen. Gemäß dieser Notwendigkeiten figurieren Arme und Arbeitslose als Klienten des Wohlfahrtsstaates oder als Dienstleistungskunden (Marktbürger) - idealtypisch gesprochen, als Objekte eines instrumentell geprägten Prozesses - und nicht als Bürger mit Anspruch auf die Gestaltung des politischen Gemeinwesens inkl. der wohlfahrtsstaatlich geprägten Arrangements selbst (vgl. dazu auch Rein/Scherer 1993, S. 135ff.). Die klientel- bzw. marktgeprägten Haltungen, Ziele und Angebotsstrukturen dieser Arrangements verhindern weitgehend das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser und deren Integration in das politische Gemeinwesen. Interne Mitbestimmungsmöglichkeiten der Armen und Arbeitslosen an der Gestaltung der Angebote fehlen in der Regel oder wurden mit zunehmender wohlfahrtsstaatlicher Einbindung, Professionalisierung und Ökonomisierung abgebaut. Externes öffentlich-

<sup>28</sup> Das sind formelle und informelle Zusammenschlüsse in europäischen, nationalen und lokalen Arbeitslosen- und Sozialhilfeorganisationen und -initiativen.

<sup>29</sup> Damit sind insbesondere professionelle Hilfeangebote unter dem Dach der Verbände der freien Wohlfahrtspflege - den "gesellschaftlichen Außenstelle(n) staatlicher Sozialbürokratie" (Sachße 2002, S. 26) - gemeint.

<sup>30</sup> Als Beispiele werden hier die pädagogisierende, psychologisierende, einzelfallbezogene und an Rechtsfragen orientierte Hilfe benannt.

<sup>31</sup> Auch wenn spezifische sozialpädagogische Arrangements in bestimmten Lebensphasen für die Arbeitsmarktintegration funktionale Äquivalente anbieten, verbleiben sie doch letztlich in deren Integrationslogik. Vgl. dazu das Konzept der sekundären Sozialintegration bei Böhnisch (Böhnisch 1993, S. 77) und dessen Kritik durch Galuske (Galuske 1993, S. 144).

<sup>32</sup> Vgl. Olk zu den Ökonomisierungstendenzen im Bereich des Vereinswesens und der großen Sozialorganisationen im Gesundheits- und Wohlfahrtsbereich (Heinze/Olk 2001, S. 17).

politisches Engagement des "Klientel" bzw. des "Kunden" wurde und wird nicht befördert.

Dem gegenüber orientiert das Konzept und die Praxis der "selbst organisierten Selbsthilfe als Organisationsprinzip" auf die Beförderung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser. Selbst organisierte Zusammenschlüsse Armer und Arbeitsloser verbinden die Unterstützung bei der Erhaltung und Wiederherstellung individueller Ressourcen zur Lebensbewältigung<sup>33</sup> mit der Ermöglichung interner und externer politisch-sozialer Bewältigungsformen von Armut und Arbeitslosigkeit (vgl. ebd., S. 100ff. und 140ff.).

Intern, indem mit Möglichkeiten der Selbstorganisation und Mitbestimmung zugleich (Lern-) "Orte" für ein kommunikatives Handeln<sup>34</sup> eröffnet werden, wie es z. B. ein im autonomen Arbeitslosenladen Engagierter beschreibt: "... du mußt versuchen, deine Vorstellungen durchpauken zu können auf den Plenen, du mußt lernen zurückstecken zu können, du lernst mit anderen Gedankengängen umzugehen, du lernst zuzuhören" (Paulus 1985, S. 124, zitiert nach Wolski-Prenger 1989, S. 59). Die externe politisch-soziale Bewältigung der Armut und Arbeitslosigkeit ist in öffentlich-politische Aktionen, Vernetzungen, Veranstaltungen, Partizipationsmöglichkeiten der europäischen, nationalen und lokalen bürgerschaftlichen Zusammenschlüsse der Armen und Arbeitslosen<sup>35</sup> eingebettet.

In diesen selbst organisierten Zusammenschlüssen Armer und Arbeitsloser ist die Professionalität der sozialen Fachkräfte für die Beförderung der politisch-sozialen Bewältigung von Armut und Arbeitslosigkeit nutzbar - wenn der Ausgangspunkt des professionellen Arrangements die Anerkennung der Selbstbestimmung und Selbstorganisation der Armen und Arbeitslosen ist.

Gegenüber der wohlfahrtsstaatlich geprägten Fremdhilfe oder gegenüber dem kompensatorischen öffentlichen Engagement (vgl. Punkt 1) unterscheiden sich die Aktivitäten in selbst organisierten formellen oder informellen Strukturen Armer und Arbeitsloser durch die Ermöglichung der politisch-sozialen Bewältigung von Armut und Arbeitslosigkeit und durch die Ermöglichung eigener Partizipation und der Partizipation aller Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten des Gemeinwesens - z. B. vermittelt über das Engagement für ein armutsfestes und bedingungsloses Grundeinkommen oder für die Eröffnung ausgrenzungsfreier öffentlich-politischer Räume.

**Die dritte Zielstellung** des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache, die (Rück-)Eroberung der von Markt und Staat besetzten öffentlichen Räume, ist also verbunden

- mit dem Engagement gegen Niedriglohn, Armutsarbeit, prekäre Beschäftigung und für eine radikale Erwerbsarbeitszeitverkürzung in der Markt- und Staatssphäre und

---

<sup>33</sup> Z. B. durch die soziale Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen von Armut und Arbeitslosigkeit durch Beratungs- und Werkstattangebote, Gesprächsgruppen und Arbeitslosenfrühstück usw.

<sup>34</sup> Kommunikatives Handeln im Sinne von Habermas ist der "Ort" der fundamentalen Integration, Identitäts- und Gemeinwesenbildung in republikanischer Perspektive - analog der Integration und Gemeinwesenbildung durch das Sprechen und Handeln bei Hannah Arendt.

<sup>35</sup> Genannt werden können z. B. die Euromarschbündnisse gegen Erwerbslosigkeit, ungeschützte Beschäftigung und Ausgrenzung in Europa, der bundesweite Runde Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen in Deutschland, die Bundesarbeitsgemeinschaft der Erwerbslosen (BAG E), die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI), die Koordinierungsstelle der gewerkschaftlichen Arbeitslosengruppen in Deutschland (KOS), der Arbeitslosenverband Deutschland (ALV D), die Zusammenschlüsse der Initiativen in den Ländern und Regionen und die lokalen Initiativen der Arbeitslosen und Sozialhilfebeziehenden.

- mit der Gründung und Erhaltung selbst organisierter Zusammenschlüsse Armer und Arbeitsloser jenseits von Markt und Staat.

## **6. Die Privatsphäre als vorpolitischer Ausgangspunkt des bürgerschaftlichen und politischen Engagements**

Individualisierungsprozesse sind auch verbunden mit Prozessen der Privatisierung des Politischen. Mit Privatisierung kann ein Rückzug aus dem öffentlich-politischen Geschehen beschrieben werden. An bestimmte Tendenzen des privatisierten Politischen kann aber das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache anknüpfen:

a) Ulrich Beck verweist darauf, dass die Individualisierung im Sinne einer Freisetzung der Menschen aus traditionell-industriegesellschaftlich geprägten Bindungen und Sozialformen vom Phänomen des politischen Privatismus begleitet wird: Politischer Privatismus meint "ein intern konsequentes, extern anstößiges Überdehnen der historisch entstehenden privaten Freiräume über die in ihnen enthaltenen sozialen und rechtlichen Grenzlinien hinaus und ein Erprobungsverhalten neuer Sozialbeziehungen und Lebensformen um kulturelle Nervenpunkte des 'Erlaubt-Verbotenen' herum - mit allen daraus erwachsenden (politischen) Aufschaukelungseffekten und wechselseitigen Identitätsbildungs- und Identitätszuweisungsprozessen bis hin zur Spaltung in Kultur und 'Gegenkultur', in Gesellschaft und 'Alternativ'-Gesellschaft ..." (Beck 1986, S. 138). Die so forcierte Entfaltung der Privatsphäre kann eine Eigendynamik entwickeln, die den "Privatismus von innen her politisch auflädt und die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit ausdehnt oder zerfließen lässt. In ganz neuer Weise und vielleicht tief greifender als durch politische Reformversuche wird hier über eine permanente Erosion und Evolution soziokultureller Lebensformen das gesellschaftlich-politische Gefüge durch eine permanente Praxis des 'Andersmachens im kleinen' unter Veränderungs- und Anpassungsdruck gesetzt" (ebd., S. 155f.).

b) Andererseits diskutiert Ulrich Beck die Kehrseite der Individualisierung im Sinne der Standardisierung, also der erhöhten Abhängigkeiten der individuellen Lebenslagen und -läufe vom (Arbeits-)Markt, von (sozial-)rechtlichen Regelungen und Versorgungen, von institutionellen Kontrollstrukturen. Diese Abhängigkeiten "übergreifen die getrennten Bereiche des Privaten und die verschiedenen Sphären des Öffentlichen" (ebd., S. 210). Individuelle Lebenslagen und Lebensläufe werden zu markt- und institutionenabhängigen Individuallagen und Lebensläufen. Diese verstärkte Institutionenabhängigkeit kann dazu führen, dass die "verdrängte Gesellschaftlichkeit in der Privatexistenz jeweils konflikthaft durchschlägt" (ebd., S. 215f.) und zu öffentlichen politischen Verständigungs- und Gestaltungsprozessen drängt. In diesem Sinne argumentieren auch Lenz und Kahlert aus einer geschlechtsspezifischen Perspektive gegen eine unpolitische Betrachtung des Privaten: "Gemeinsamkeit von Frauen ... entsteht durch die Gemeinsamkeit äußerer Bedingungen, nämlich durch die Erfahrungen offener und struktureller Benachteiligungen und verschiedenster Abhängigkeiten sowie auch dadurch entstehenden Handlungsspielräume; sie stellt somit einen Ausgangspunkt für politisches Handeln dar" (Kahlert/Lenz 2001, S. 33; vgl. auch Senghaas-Knobloch 2001, S. 289).

Die Privatsphäre ist in beiden Fällen ein vorpolitischer "Ort" der individuellen Lebensbewältigung und -gestaltung.

Das Transformieren des "Andersmachens" im Privaten und der bewusst gewordenen bzw. bewusst werdenden Gemeinsamkeiten individueller Lebenslagen in öffentlich-

politische Angelegenheiten kann als eine **vierte Zielstellung** des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache bestimmt werden. Transformieren heißt u. a., das zur-Sprache-Bringen des Privaten im öffentlich-politischen Raum und das Definieren des Privaten als öffentlich-politische Gestaltungsaufgabe zu befördern.

Um die Privatsphäre als Ausgangspunkt für das bürgerschaftliche und politische Engagement in eigener Sache gewinnbringend zu erschließen, ist aber ebenfalls die Beförderung der sozialökonomischen Sicherheit der Bürger - ob nun mit oder ohne Erwerbsarbeit -, die Eröffnung ausgrenzungsfreier und öffentlich-politischer Räume in und jenseits der Markt- und Staatssphäre vonnöten.

## 7. Zusammenfassung

Im Beitrag wurde der Unterschied zwischen einem kompensatorischen öffentlichen Engagement Armer und Arbeitsloser und deren bürgerschaftlichen und politischen Engagement in eigener Sache herausgearbeitet. Er besteht darin, dass das kompensatorische Engagement unmittelbar auf den Ausgleich bzw. die Behebung einer individuellen Armutslage bzw. Unterversorgung Armer und Arbeitsloser gerichtet ist. Das bürgerschaftliche und politische Engagement Armer und Arbeitsloser in eigener Sache dagegen zielt, ausgehend von dem eigenen Status und der eigenen Lebenslage, auf die Bedingungen und Möglichkeiten der gleichen und freiwilligen Teilhabe armer und arbeitsloser Bürger - und darüber hinaus aller Bürger - an der gemeinsamen Gestaltung öffentlicher Angelegenheiten und des politischen Gemeinwesens. Letzteres Konzept des Engagements orientiert sich an einem unter sozialökonomischen Gesichtspunkten reformulierten republikanischen Verständnis bürgerschaftlichen Engagements. Initiiert wird dieses Engagement zumeist von proaktiven Arbeitslosen <sup>36</sup>.

Folgende vier konkrete Ansätze und Zielstellungen des bürgerschaftlichen und politischen Engagements Armer und Arbeitsloser in eigener Sache wurden entwickelt und z. T. mit Beispielen belegt:

1. Ermöglichung des bürgerschaftlichen und politischen Engagements aller Bürger durch ein armutsfestes und bedingungsloses Grundeinkommen und damit verbunden die Aufhebung realer sozialer und ökonomischer Armut- und Unterversorgungslagen sowie dadurch begründeter Ausgrenzungs-, Herrschafts- und Zwangsverhältnisse.
2. Herstellung ausgrenzungsfreier öffentlich-politischer (Lern-)Orte zur Ermöglichung der Partizipation aller Bürger an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten.
3. (Rück-)Eroberung der von Markt und Staat besetzten öffentlichen Räume, z. B. durch die Ermöglichung der Mitbestimmung in und der Partizipation neben der Erwerbsarbeitswelt oder durch die Gründung und Erhaltung selbst organisierter Zusammenschlüsse Armer und Arbeitsloser jenseits von Markt und Staat.
4. Transformieren des "Andersmachens" im Privatbereich und der bewusst gewordenen bzw. bewusst werdenden Gemeinsamkeiten individueller Lebenslagen in öffentlich-politische Angelegenheiten und Gestaltungsaufgaben.

---

<sup>36</sup> Proaktive Arbeitslose werden wie folgt charakterisiert: interne Tagesstrukturierungen werden externen, durch Erwerbsarbeit gesetzten Strukturierungen vorgezogen; Verfolgung von unmittelbar private Zwecke übersteigenden Zielen ohne den Zwang zur Erwerbsarbeit; Identitätsbildung aus Nicht-Erwerbstätigkeit; höhere Aktivität als durchschnittliche Erwerbstätige (vgl. Wolski-Prenger 1989, S. 58).

## Literatur

Arbeitsloseninitiativen der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin: 1. Bundeskongreß der Arbeitslosen. Protokolle. Presse, Fotos, Initiativen ... (Fachhochschule Frankfurt am Main. FB Sozialarbeit. FB Sozialpädagogik: Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik. Band 6) Frankfurt/Main 1983

Arendt, H.: Gedanken zu Lessing. Von der Menschlichkeit in finsternen Zeiten. In: Arendt, H.: Menschen in finsternen Zeiten. München 1989

Arendt, H.: Vita activa oder vom tätigen Leben. München 1994

Backhaus-Maul, H./Brandhorst, A.: Mit Sicherheit Gutes tun - Über den Zusammenhang von sozialem Engagement und sozialer Sicherung. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001

BAG der Sozialhilfeinitiativen: Existenzgeld als gesellschaftliches Konzept gegen Armut. In: BAG der Sozialhilfeinitiativen (Hrsg.): Existenzgeld für alle. Antworten auf die Krise des Sozialen. Neu-Ulm 2000

Bauman, Z.: Die Krise der Politik. Fluch und Chance einer neuen Öffentlichkeit. Hamburg 2000

Beck, U.: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne. Frankfurt/Main 1986

Blanke, B./Schridde, H.: Bürgerengagement und aktivierender Staat. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001

Böhnisch, L.: Sozialpädagogik des Kindes- und Jugendalters. Eine Einführung. Weinheim und München 1993

Braun, S.: Begriffsbestimmungen, Dimensionen und Differenzierungskriterien von bürgerschaftlichem Engagement. In: Enquete-Kommission "Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002

Bücheler, H.: Grundeinkommen ohne Arbeit. Auf dem Weg in eine kommunikative Gesellschaft. In: BAG der Sozialhilfeinitiativen (Hrsg.): Existenzgeld für alle. Antworten auf die Krise des Sozialen. Neu-Ulm 2000

Bundesarbeitsgruppen der Erwerbsloseninitiativen (Hrsg.): 2. Bundeskongreß der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut. (Fachhochschule Frankfurt am Main. FB Sozialarbeit. FB Sozialpädagogik. Materialien zur Sozialarbeit und Sozialpolitik. Band 23) Frankfurt/Main 1988

Effinger, H./Pfau-Effinger, B.: Freiwilliges Engagement im Sozialwesen. Ausweg aus der Krise der Erwerbsgesellschaft und des Wohlfahrtsstaates. In: Kistler, E./Noll, H.-H./ Priller, E.: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin 1999

Gabriel, O. W.: Bürgerbeteiligung in der Kommune. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002

Galuske, M.: Das Orientierungsdilemma. Jugendberufshilfe, sozialpädagogische Selbstvergewisserung und die modernisierte Arbeitsgesellschaft. Bielefeld 1993

Gorz, A.: Arbeit zwischen Utopie und Misere. Frankfurt am Main 1997

Habermas, J.: Vorwort zur Neuauflage. In: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft. Frankfurt/Main 1990

Heinze, R. G./Olk, T.: Vom Ehrenamt zum bürgerschaftlichen Engagement. Trends des begrifflichen und gesellschaftlichen Strukturwandels. In: Kistler, E./Noll, H.-H./ Priller, E.: Perspektiven gesellschaftlichen Zusammenhalts. Empirische Befunde, Praxiserfahrungen, Meßkonzepte. Berlin 1999

Heinze, R. G./Olk, T.: Bürgerengagement in Deutschland - Zum Stand der wissenschaftlichen und politischen Diskussion. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001

Heinze, R. G./Strünck, C.: Freiwilliges soziales Engagement - Potentiale und Fördermöglichkeiten. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001

Hübinger, W./Neumann, U.: Menschen im Schatten. Lebenslagen in den neuen Bundesländern. Freiburg im Breisgau 1998

Kahlert, H./Lenz, C.: Verstehen, Urteilen, Handeln. Impulse Hannah Arendts für die Neubestimmung des Politischen. In: Kahlert, H./Lenz, C. (Hrsg.): Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt. Königstein/Taunus 2001

Krebs, H.P./Rein, H. (Hrsg.): Existenzgeld. Kontroversen und Positionen. Münster 2000

Kocka, J.: Das Bürgertum als Träger von Zivilgesellschaft - Traditionslinien, Entwicklungen, Perspektiven. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.: TAURIS - "Tätigkeiten und Aufgaben: Regionale Initiativen in Sachsen". In: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.: Aktive Bürger fördern. Beispiele vor Ort. Zukunftsforum Politik. Heft 30. Sankt Augustin 2001

Marx, K.: Zur Judenfrage. In: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED (Hrsg.): Karl Marx. Friedrich Engels. Werke. Band 1. Berlin 1983

Münckler, H.: Bürgerschaftliches Engagement in der Zivilgesellschaft. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002

Olk, T.: Sozialstaat und Bürgergesellschaft. In: Heinze, R. G./Olk, T. (Hrsg.): Bürgerengagement in Deutschland. Bestandsaufnahmen und Perspektiven. Opladen 2001

Paulus, W.: Bewältigungsstrategien von Arbeitslosigkeit. Berlin 1985 (Diplomarbeit)

Rehberg, K.-S.: Von ziviler Selbstorganisation und antistaatlichem Protest zum Staatsrückzug? Bedeutungswandlungen des Begriffes "Bürgergesellschaft". In: Paradigma Soziokultur? Prozesse und Produkte in Theorie und Praxis. Dresden 2000 (Tagungsdokumentation einer Fachtagung des Institutes für angewandte Soziokulturforschung i. G. am 05. Und 06. November 1999 in Dresden)

Rein, H./Scherer W.: Erwerbslosigkeit und politischer Protest. Zur Neubewertung von Erwerbslosenprotest und der Einwirkung sozialer Arbeit. Frankfurt/Main 1993

Sachße, C.: Traditionslinien bürgerschaftlichen Engagements. In: Enquete-Kommission "Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements" Deutscher Bundestag (Hrsg.): Bürgerschaftliches Engagement und Zivilgesellschaft. Opladen 2002

Senghaas-Knobloch, E.: Postfordistische Grenzverwischungen der Arbeitswelt und das feministische politische Projekt. In: Kahlert, H./Lenz, C. (Hrsg.): Die Neubestimmung des Politischen. Denkbewegungen im Dialog mit Hannah Arendt. Königstein/Taunus 2001

Strasser, J.: Leben oder Überleben. Wider die Zurichtung des Menschen zu einem Element des Marktes. Zürich 2001

Wagner, H.: Armut in Sachsen. In: Trägergruppe sächsischer Hochschulen für Sozialpädagogik und Sozialarbeit (Hrsg.): pro sozial. Das sächsische Magazin für Hochschule und Praxis, Heft 2/97. Dresden 1997, S. 6 - 17

Wolski-Prenger, F.: Arbeitslosenprojekte zwischen sozialer Arbeit und sozialer Bewegung. Eine explorative Untersuchung zu einem neuen sozialen Phänomen. Frankfurt am Main 1989

Wolski-Prenger, F.: "Niemandem wird es schlechter gehen...!" Armut, Arbeitslosigkeit und Erwerbslosenbewegung in Deutschland. Köln 1993

Wolski-Prenger, F. (Hrsg.): Arbeitslosenarbeit. Erfahrungen. Konzepte. Ziele. Opladen 1996

## Weitere Quellen

Abschlusspapier des Gipfels der Armen vom 01. - 03.12. 2001 in Brüssel. Brüssel 2001

Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften vom 24.01. 2001: Die beschäftigungspolitischen Leitlinien für das Jahr 2001. Anhang. Brüssel 2001

Brain e. V. Berlin (Hrsg.): Arbeitslosenzeitung quer, Heft Juni/2001, Frankfurt/Main, Oldenburg 2001 (a)

Brain e. V. Berlin (Hrsg.): Arbeitslosenzeitung quer, Heft August/2001, Frankfurt/Main, Oldenburg 2001 (b)

Bürgerinitiative Erste DBS: Reader zur Ersten Dresdner Bürger- und Sozialkonferenz. Dresden 2001

Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Arbeitslosigkeit und Armut (Hrsg.): Existenzgeld und garantiertes Mindesteinkommen für alle Menschen ... 13 Thesen gegen falsche Bescheidenheit und das Schweigen der Ausgegrenzten. Frankfurt/Main o. J.

Bundesregierung Deutschland: Nationaler Aktionsplan zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung. Berlin 2001

Hängematten e. V.: Reader zur Armutskonferenz von unten. Berlin 2000

Hängematten e. V.: Reader von November 2000 bis Mai 2001. Berlin 2001

Runder Tisch der Erwerbslosenorganisationen und Sozialhilfeinitiativen in Deutschland: Dresdner Erklärung der Konferenz der Erwerbslosen und Sozialhilfebeziehenden. Dresden 2002. In: Brain e. V. Berlin (Hrsg.): Arbeitslosenzeitung quer, Heft April/2002, Frankfurt/Main, Oldenburg 2002

Sächsisches Staatsministerium für Wirtschaft und Arbeit: Diskussionsvorschlag zur Zusammenführung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe. Dresden 2001

Selbstdarstellung der Initiatoren von GALA. Dresden 2000 (siehe auch [www.gala-dresden.de](http://www.gala-dresden.de))

Technische Universität Dresden, Institut für Arbeits-, Organisations- und Sozialpsychologie: Ergebnispräsentation der ersten und zweiten TAURIS-Untersuchung. Dresden 2001 und 2002

## **Zum Autor**

Ronald Blaschke, Jg. 1959, Dipl. Phil., Dipl. Päd., ist zwischen Phasen der Arbeitslosigkeit in der politischen Bildung tätig. Schwerpunkte seiner Betätigung in der politischen Bildung und seiner wissenschaftlichen Beschäftigung sind die Themen Armut, Arbeitslosigkeit, Zukunft der Arbeit und Grundeinkommen. Bürgerschaftlich und politisch engagiert ist er seit Jahren als Sprecher der Sächsischen Armutskonferenz und als Koordinator verschiedener Netzwerke und Initiativen Arbeitsloser.